



Alles muss, nichts darf sich ändern?

Eine qualitative Analyse der politischen
Stimmung vor der Bundestagswahl 2025
und Erwartungen an die Parteien

Caroline Werkmann, Hans-Jürgen Frieß

Alles muss, nichts durf sich ändern?

**Eine qualitative Analyse der politischen
Stimmung vor der Bundestagswahl 2025
und Erwartungen an die Parteien**

Caroline Werkmann, Hans-Jürgen Frieß

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2025, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Umschlagfoto: © Timon Studler/unsplash

Gestaltung: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Lektorat: Manuela Klein M.A., Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach, klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-303-2

Auf einen Blick

Vom 29. November bis 5. Dezember 2024 führte das Meinungsforschungsinstitut Ipsos im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. erneut eine qualitative Fokusgruppenstudie zur politischen Stimmungslage in Deutschland durch. Untersucht wurden die Einstellungen der Wählerschaft der AfD und des neu gegründeten Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) sowie aller anderen Bundestagsparteien zu zentralen gesellschafts-politischen Herausforderungen wie Migration, Wirtschaft und Klima. Dazu fanden in sechs Großstädten – Dresden, Düsseldorf, Hannover, Berlin, Mannheim und Rostock – insgesamt zwölf Face-to-face-Fokusgruppen mit je acht Teilnehmenden statt. Die zentralen Erkenntnisse dieser Studie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die vorherrschende politische Grundstimmung ist von einer differenzierteren Wahrnehmung der Herausforderungen geprägt und weicht teilweise vom pessimistischen Tenor des Vorjahrs ab. Trotz zahlreicher Kritikpunkte und Sorgen rücken positive Aspekte und Entwicklungen stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Dennoch offenbart sich über alle Wählergruppen hinweg ein gewachsenes Problembewusstsein, das sich insbesondere auf die zentralen Themenfelder Migration und Wirtschaft bezieht.
- Besonders auffällig ist, dass die Migrationsdebatte von einer Rückkehr zu einer gewissen Tabuisierung des Themas gekennzeichnet ist, die möglicherweise als Reaktion auf vergangene Polarisierungen und eine breitere gesellschaftliche Unsicherheit im Umgang mit dem Thema zu verstehen ist. Gleichzeitig ist jedoch auch eine Versachlichung des Diskurses und eine stärker problemorientierte Auseinandersetzung mit migrationspolitischen Fragen zu beobachten, die zumindest in Teilen auf einen mäßigenden Einfluss der BSW-Wählerschaft in den AfD-Gruppendiskussionen hindeutet.
- Wirtschaftliche Themen und damit verbundene Abstiegsängste haben im Vergleich zum Vorjahr deutlich an Bedeutung gewonnen und lösen Migration zunehmend als zentrales und alles überlagerndes Thema ab. Klimaschutz hat über alle Wählergruppen hinweg drastisch an Priorität eingebüßt, obgleich er ein polarisierendes und emotional aufgeladenes Thema bleibt.
- Das BSW fordert als neue Partei traditionelle Positionierungsschemata heraus. Während AfD und BSW von ihren jeweiligen Wählerinnen und Wählern ähnliche Attribute wie ausgeprägter Veränderungswille und eine besondere Bürgernähe zugeschrieben werden, kritisieren die Wählerinnen und Wähler anderer Parteien hingegen einen als populistisch wahrgenommenen Politikstil. Gleichzeitig werden beide Parteien als von den etablierten Parteien ausgegrenzt und stigmatisiert wahrgenommen.

- Trotz grundsätzlicher Unterschiede ähneln sich die Wahlmotive von AfD- und BSW-Wählenden in Bezug auf den vielfach geäußerten Wunsch nach einem tiefgreifenden politischen Wandel und eine hohe Kompetenzzuschreibung beider Parteien in den Bereichen der Migrations- und Wirtschaftspolitik. Zwar zeigt sich bei BSW-Wählerinnen und -Wählern durchaus eine Offenheit gegenüber AfD-Positionen und eine gewisse Wechselbereitschaft, jedoch findet auch eine starke Abgrenzung gegenüber den rechtsextremen Teilen der AfD statt. Die AfD-Anhängerschaft wirkt weitgehend immun gegen Kritik an rechtsextremen Positionen, was auf eine weitere Verfestigung der Wählerbasis hindeutet.
- Unter den anderen Bundestagsparteien profitieren vor allem die Union – und in Teilen auch die SPD – vom Wunsch nach Stabilität. Den Grünen wird trotz einer drastisch gesunkenen Bedeutung des Themas Klimaschutz in der politischen Debatte von ihren Anhängerinnen und Anhängern weiterhin eine hohe umwelt- und klimapolitische Kompetenz und Glaubwürdigkeit zugeschrieben.
- Die durchgeführten Fokusgruppen offenbaren trotz der zunehmenden Polarisierung und der Herausbildung von Echokammern in den sozialen Medien einen gesunden Kern der deutschen Debattenkultur. Es gibt ein starkes Bedürfnis nach einem überparteilichen Dialog. Die Bereitschaft zum Austausch und das Interesse an anderen Meinungen sind grundsätzlich vorhanden.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
2. Qualitatives Studiendesign	10
3. Sorgenvolle, aber keine aussichtslose Stimmung	12
4. Einstellungen im Wandel	15
4.1 Migration und Integration.....	15
4.2 Wirtschaft und Wohlstand.....	20
4.3 Klimawandel und Klimapolitik.....	25
5. Die Sicht der Wählerinnen und Wähler auf die Parteien	29
5.1 Das Verhältnis der Parteien zueinander	29
5.2 Wahlgründe der AfD-Wählerschaft	33
5.4 Wahl Gründe der Wählerschaft von Union, SPD und Grünen	37
6. Fazit	41
Die Autorin und der Autor	43

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Beispiel einer Positionierungsübung, Hannover, Wählerinnen und Wähler anderer Parteien	29
Abbildung 2: Beispiel einer Positionierungsübung, Berlin, AfD-/BSW-Gruppe	30
Abbildung 3: Beispiel einer Positionierungsübung, Düsseldorf, AfD-/BSW-Gruppe	32



Einleitung

Die deutsche Gesellschaft sah sich im Jahr 2024 mit tiefgreifenden Veränderungen und Herausforderungen konfrontiert, die die politische Landschaft und die Stimmung der Bevölkerung nachhaltig prägten. Die deutsche Wirtschaft geriet spätestens Ende 2024 in eine Rezession. Die Furcht vor Deindustrialisierung, hohen Energiepreisen und die nach wie vor spürbaren Folgen der Inflation der Vorjahre verunsicherten die Bevölkerung ebenso wie plötzlich wieder angekündigte umfangreiche Stellenstreichungen bei Großunternehmen wie z. B. VW. Daher avancierte die Sorge um die wirtschaftliche Lage auch zunehmend zum wichtigsten Sorgenthema der Deutschen.¹

Das außenpolitische Umfeld blieb dabei turbulent: Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Krieg in Gaza nach dem Hamas-Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023 und schließlich auch die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten im November 2024 hinterlassen auch in Deutschland gesellschaftliche Spuren, die über die Debatte militärischer und finanzieller Hilfen der Bundesrepublik an die Ukraine, ein aufgeheiztes gesellschaftliches Klima mit wachsendem Antisemitismus oder Sorgen über die Beständigkeit der internationalen Ordnung und Verträge hinausgehen.

Alles zusammen heizte die Debatte um Migration an: ihre Kosten, die mögliche Überforderung der Kommunen mit Blick auf die Integration der zugewanderten Menschen, gerade bei Unterbringung, Gesundheit, Bildung oder Sicherheit. Zahlreiche Messerattacken, auch mit Todesfällen, erhielten insbesondere bei einem migrantischen Täterprofil hohe mediale Aufmerksamkeit und wirkten sich negativ auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung aus. Diese Klagen über eine Überforderung durch Migration hielten an, auch wenn die Zahl neu ankommender Migrantinnen und Migranten im Vergleich zu 2023 deutlich sank² – ein Thema, das neben dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine nicht zuletzt von der AfD, nach dessen Gründung Anfang 2024 aber zunehmend auch vom Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), im politischen Diskurs Deutschlands verstärkt wurde.

All dies verschärfte 2024 eine ohnehin schon große Verunsicherung in der Bevölkerung. Dem dringenden Wunsch nach Lösungen all dieser Herausforderungen und Probleme steht allerdings ein zunehmend schwindendes Vertrauen in die politischen Akteure, in das Parlament, in die Regierung oder in Parteien gegenüber.³ Man traut den Akteuren dieser Institutionen nicht mehr zu, diesen Herausforderungen gerecht zu werden und Problemlösungen zu finden. Gleichzeitig scheint eine wachsende und zumindest emotionale Polarisierung die gesellschaftliche Stimmung zu prägen.

Politisch stand das Jahr 2024 im Zeichen weiterer Verschiebungen. Mit der Gründung des BSW etablierte sich 2024 ein neuer politischer Akteur in Deutschland. Bei der Europawahl und den Landtagswahlen in Ostdeutschland erzielte es Achtungserfolge, in Brandenburg und Thüringen gelangte es aus dem Stand sogar in Regierungsver-

antwortung. Parallel dazu scheint sich der Aufstieg der AfD fortzusetzen. In den ostdeutschen Landtagswahlen ging sie zum einen als stärkste Kraft in Thüringen hervor, in Sachsen und Brandenburg landete sie mit über bzw. mit um die 30 Prozent der Stimmen jeweils nur knapp hinter CDU bzw. SPD.

Dass sich Deutschland in einer politischen Krise befindet, wurde spätestens mit dem Bruch der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP am 6. November 2024 offenbar. Nach Monaten des demoskopischen Niedergangs der Parteien und zunehmender, auch nach außen getragener Differenzen entließ Bundeskanzler Olaf Scholz schließlich seinen Finanzminister Christian Lindner nach einem Streit um die Schuldenbremse, woraufhin dieser in seiner Funktion als FDP-Parteivorsitzender die Ampelkoalition beendete. Seither regierte in Deutschland eine Minderheitsregierung aus SPD und Grünen. Schließlich wurden Neuwahlen für Ende Februar 2025 angekündigt.

In diesen gesellschaftlichen und politischen Kontext ist die vorliegende qualitative Fokusgruppenstudie eingebettet. Sie orientiert sich maßgeblich an der Studie „Enttäuschung, Frust und Resignation – Eine qualitative Analyse der politischen Stimmungslage in Deutschland“, die im Spätherbst 2023, also ziemlich genau ein Jahr zuvor, durchgeführt wurde.⁴ Sie stellt teils eine Replikation, teils eine Erweiterung der Vorgängerstudie dar. Ähnlichkeiten bestehen in der grundsätzlichen Methodik und den zentralen Themenbereichen. Unterschiede liegen in der Einbeziehung von BSW-Wählerinnen und -Wählern, der Modifizierung des Leitfadens und der Auswahl der Befragungsorte vor. So wurden 2024 sechs gemischte Gruppen aus AfD- und BSW-Wählenden befragt, im Gegensatz zur Vorgängerstudie, die sechs Fokusgruppen mit ausschließlich AfD-Wählerinnen und -Wählern durchführte.

Zum besseren Verständnis wird im Folgenden zunächst das Studiendesign beschrieben, einschließlich der Zielsetzung und der genauen Zusammensetzung der Fokusgruppen, der Auswahlkriterien sowie der methodischen Anpassungen im Vergleich zur Studie aus dem Jahr 2023. Das darauffolgende Kapitel analysiert die allgemeine politische Stimmung der Wählerinnen und Wähler, bevor die Einstellungen zu Migration, Wirtschaft und Klimawandel thematisiert werden. Im Anschluss daran werden aus Sicht der Wählenden die Wahlmotive, das Verhältnis der Parteien untereinander sowie die Parteikompetenzen beschrieben. In der gesamten Studie werden nicht nur Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Wählergruppen untereinander analysiert, sondern auch Vergleiche zu den Ergebnissen der Studie aus dem Jahr 2023 gezogen. Das letzte Kapitel gibt schließlich einen Ausblick auf mögliche Entwicklungen und Problemlagen.



-
- 1 Vgl. Infratest dimap, 2024: ARD-DeutschlandTREND Dezember 2024. Repräsentative Studie im Auftrag der ARD. Online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschland-trend/2024/dezember/> (letzter Zugriff: 28.03.2025).
 - 2 Vgl. Weber, Johannes, 2025: Freizügigkeitsmonitoring. Migration von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland. Halbjahresbericht 2024 (Berichtsreihen zu Migration und Integration, Reihe 2). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.). Online unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Berichtsreihen/MigrationIntegration/Freizuegigkeitsmonitoring/freizuegigkeitsmonitoring-halbjahresbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (letzter Zugriff: 28.03.2025).
 - 3 Vgl. Pokorny, Sabine, 2024: Bäumchen wechsel dich? Politische Einstellungen im Wandel. Ergebnisse aus drei repräsentativen Trend-Umfragen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hrsg.). Online unter: https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Finaler+Text+24-02-19+Baeumchen+wechsel+dich++Sabine+Pokorny%28240113729%29_final.pdf/ee0c8153-863f-d83c-868b-b3399dada879?version=1.0&t=1708007661436 (letzter Zugriff: 28.03.2025); Unzicker, Kai/Faus, Rainer/Stork, Simon/Mannowitz, Tom/Vollmann, Erik/Hillmann, Felicitas, 2019: Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.). Online unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/schwindendes-vertrauen-in-politik-und-parteien/> (letzter Zugriff: 28.03.2025).
 - 4 Vgl. Werkmann, Caroline/Frieß, Hans-Jürgen, 2024: Enttäuschung, Frust und Resignation. Eine qualitative Analyse der politischen Stimmungslage in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Entt%C3%A4uschung+Frust+und+Resignation.pdf/3730c3a3-7917-c9a0-b718-82dd17a8f837?version=1.0&t=1718971544714> (letzter Zugriff: 23.01.2025).



Qualitatives Studiendesign

Die Studie zielt insbesondere darauf ab, wie sich die politische Stimmung in Deutschland im Vergleich zur Untersuchung im Herbst 2023 verändert hat. Darüber hinaus sollten BSW-Wählerinnen und -Wähler und ihre Wahl motive untersucht und somit besser verstanden werden. Wichtig war in dieser Hinsicht auch, inwiefern sich die BSW-Wählerschaft in ihren Ansichten (inhaltlich, aber auch in den Diskursen) zur AfD-Wählerschaft und anderen Wählergruppen kontrastieren lässt oder Ähnlichkeiten aufweist. Zu diesen Fragestellungen bietet die Studie ebenso Antworten wie Einblicke in die komplexen Zusammenhänge der politischen Meinungsbildung im Herbst 2024 insgesamt. Sie analysiert die Auswirkungen des gesellschaftlichen und politischen Wandels auf die Einstellungen und Wünsche der Wählerinnen und Wähler und trägt zum Verständnis der aktuellen politischen Landschaft bei. Sie beschreibt die Diskussion und argumentative Muster zentraler politischer Themen wie Migration, Wirtschaft oder Klimawandel und analysiert ihre (diskursive) Veränderung im Vergleich zur vorherigen Studie aus dem Jahr 2023. Darüber hinaus gibt die Studie Einblicke in die Positionierung des BSW im Parteienspektrum aus Sicht unterschiedlicher Wählergruppen. Aufgrund der qualitativen Methode wird hier kein Anspruch auf Repräsentativität erhoben. Allerdings soll hier klar auf die Vorteile hingewiesen werden mit Blick auf die frühzeitige Identifizierung von Trends, Veränderungen oder auch zu gebildeten (neuen) argumentativen Zusammenhängen.

Die Feldarbeit fand vom 29. November bis 5. Dezember 2024 mittels zwölf Fokusgruppen zu je 90 Minuten in Dresden, Düsseldorf, Hannover, Berlin, Mannheim und Rostock statt. In jeder Gruppe diskutierten acht Teilnehmende, mit Ausnahme einer Gruppe in Berlin, die mit sechs Teilnehmenden auskam. Die Auswahl der Durchführungsorte reflektiert eine möglichst große geografische Streuung. Sie gewährleistet eine Vielfalt von Perspektiven aus verschiedenen Regionen Deutschlands und trägt unterschiedlichen politischen und sozialen Kontexten Rechnung. Dresden, Berlin und Rostock vertreten die ostdeutschen Bundesländer, während Düsseldorf, Hannover und Mannheim die westdeutschen Perspektiven einbringen.

Die Teilnehmenden wurden entlang einer bewussten Stichprobenziehung (*purposive sampling*) nach den folgenden Rekrutierungskriterien ausgewählt: Geschlecht und Alter (18–75 Jahre), Bildungsniveau (Mischung verschiedener Bildungsniveaus), Region (Ost: Dresden, Berlin und Rostock / West: Düsseldorf, Hannover und Mannheim), Wohnort (Mix aus Teilnehmenden aus der Stadt sowie dem Umland) und Parteipräferenz auf Grundlage der sogenannten Sonntagsfrage. Diese wurde zur Bildung von zwei Zielgruppen, AfD-/BSW-Wählerinnen und -Wähler sowie Wählende aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien, herangezogen.



An jedem Ort wurden jeweils zwei Face-to-face-Fokusgruppen durchgeführt, dabei je Ort eine Fokusgruppe pro Zielgruppe. Die Fokusgruppen wurden mithilfe eines semi-strukturierten Leitfadens moderiert, der den Fokus auf begrifflich-semantische, biografisch-narrative und projektive Fragen legte. Diese Herangehensweise erlaubte es den Teilnehmenden, ihre Gedanken und Meinungen frei zu äußern und ermöglichte den Forschenden gleichzeitig, die Diskussionen auf relevante Themenbereiche zu lenken.

Von sämtlichen Fokusgruppen wurden Video- und Audioaufzeichnungen angefertigt. Die anschließende Transkription und wortgetreue Zuordnung der Aussagen zu den Teilnehmenden bildeten die Grundlage für eine detaillierte Analyse. Mithilfe des Analyseprogramms MaxQDA wurden alle Transkripte codiert und analysiert, was eine systematische Auswertung der qualitativen Daten ermöglichte. Der Schwerpunkt in der Analyse lag auf einem Kontrast- bzw. Ähnlichkeitsvergleich, einmal zwischen den Gruppen mit AfD- und BSW-Wählerinnen und -Wählern und einmal zwischen AfD-/BSW-Wählerinnen und -Wählern und Wählenden anderer Bundestagsparteien sowie auf Veränderungen in den Argumentationsmustern und thematischen Inhalten im zeitlichen Verlauf. Unterschiede bzw. Ähnlichkeiten sowie weitere auffällige Aspekte sind in den Ergebnissen gekennzeichnet, wann immer sie als nennenswert aufgefallen sind.



Sorgenvolle, aber keine aussichtslose Stimmung

Resignation, Frustration und Pessimismus prägten die politische Stimmung in Deutschland im Spätherbst 2023.⁵ Eine negative Grundstimmung und das Narrativ eines Deutschlands auf dem absteigenden Ast ließ sich auch in den Fokusgruppen im Spätherbst 2024 erkennen.

Es existiert z. B. nach wie vor in allen Gruppen ein ausgeprägtes Bewusstsein für bestehende Herausforderungen und Probleme in Deutschland. Nimmt man die vielen, in den Fokusgruppen spontan genannten Probleme zum Ausgangspunkt, scheint das Problembewusstsein im Vergleich zum Vorjahr insgesamt sogar noch gewachsen zu sein. Dementsprechend werden in allen Gruppen zahlreiche Negativentwicklungen in Deutschland aus den Bereichen Wirtschaft, Staat, Gesellschaft und Politik benannt. Eine von Stellenabbau und Insolvenzen gezeichnete Wirtschaftslage und steigende Lebenshaltungskosten, überbordende Bürokratie, eine sehr hohe Steuer- und Abgabenlast, in den Städten ein Mangel an Wohnraum und bezahlbaren Mieten oder eine marode Infrastruktur und fehlende Investitionen in das Gesundheits- und Bildungssystem sind nur einige Beispiele der Vielzahl an Problemen, die in allen Gruppen genannt wurden.

Die Zeit wird aufgrund der Breite an Herausforderungen und der geäußerten Sorgen insgesamt als eine unsichere wahrgenommen – von der Arbeitsplatzsicherheit über die Sicherheit vor Krieg bis zum Sicherheitsempfinden nachts auf den Straßen scheint vieles durch ein allgemeines Unsicherheitsgefühl eingeschränkt oder überlagert.

„[...] das schafft Unsicherheit, dass auch Jobs wegfallen. [...] Und jetzt so immer noch so die Botschaften vor Weihnachten: VW, Ford-Werke. [...] ich komme ja ursprünglich aus Saarbrücken. Ich weiß, dass wir damals mit der Schulklasse da noch durch das eine Ford-Werk in Saarlouis gefahren sind. Und man hat gemerkt, ja, die Wirtschaft boomt. Man hat sich sicher gefühlt. Es war noch genug im Topf drin in den siebziger und achtziger Jahren. [...] dieses gute Gefühl, das ist heute nicht mehr.“ (Mannheim, BSW)⁶

Auffällig war in allen Gruppen, dass der Themenblock Migration/Asyl/Integration in der ungestützten Abfrage nach Negativentwicklungen und Problemen in Deutschland in den Diskussionen zwar stets und dann auch intensiv, aber meist relativ spät in der Diskussion genannt wurde. Das Thema Klima oder Klimakrise wurde ebenfalls stets sehr spät in den Sorgenkanon aufgenommen, es kam aber ohnehin nur selten. Nach dem Grund dafür gefragt, nannten Teilnehmende die (mittlerweile) hohe Explosivität des Themas, wie auch bei der Migration, die Personen herausfordert und Gespräche entgleisen lässt, weshalb diese Themen zusehends in der Öffentlichkeit tabuisiert seien.⁷

In den Gruppen wurde auch immer wieder das Thema Corona aufgegriffen. Insbesondere AfD-Wählerinnen und -Wähler führten die Corona-Pandemie als eine Zäsur an, einen Einschnitt in die Gesellschaft, der zur gesellschaftlichen Spaltung beigetragen habe und mit dem die Meinungsfreiheit in Deutschland abhandengekommen sei. Eine



zunehmende Spaltung der Gesellschaft und einen wahrgenommenen Verlust der Diskussionskultur wurde auch in den Partei-gemischten Gruppen benannt, jedoch auch mit einem Rechtsruck in der Gesellschaft oder dem Aufstieg der AfD verknüpft, was das gesellschaftliche Klima vergiften würde.

Die Vielzahl der genannten Negativentwicklungen und die Sorge, die darüber in allen Gruppen existiert, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stimmungslage am Ende des Jahres 2024 insgesamt nicht mehr ganz so ausgeprägt pessimistisch und perspektivlos wirkt wie im gleichen Zeitraum des Jahres 2023. Dies ist allein schon an der Tonalität, auch der negativen Beschreibungen, zu erkennen. Zudem ist die Argumentation über Entwicklungen deutlich differenzierter, das Abstiegsnarrativ vor allem in den Gruppen mit den gemischten Wählerinnen und Wählern immer wieder gebrochen.

„Es wird gerne schlechtgeredet. Und ich finde das immer gut, wenn Kritik geübt wird, wenn wir versuchen, besser zu werden. Also nichts gegen viel Kritik, aber ich glaube, [...] der Bezugsrahmen geht oft verloren. Wir tun so, als sei Deutschland eines der schlimmsten Länder dieser Welt, ohne zu sehen, das ist aus meiner Sicht eines der besten.“ (Berlin, Grüne)

Darauf deutet nicht zuletzt auch die Tatsache hin, dass gerade (aber nicht nur) in den gemischten Gruppen Teilnehmende 2024 – anders als noch 2023 – viele Antworten auf die Frage fanden, was in Deutschland gut bzw. in die richtige Richtung läuft. Häufig rücken hier verschiedene Aspekte des Sozialstaats in den Mittelpunkt der Diskussionen, teilweise auch des Bildungssystems, der Gesundheitsversorgung, der Kinderbetreuung, der Verkehrsinfrastruktur sowie der inneren und äußeren Sicherheit. Selbst demokratische Grundprinzipien wie Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit sowie rechtsstaatliche Strukturen gelten hier teilweise als positiv oder auch Aspekte des Arbeitsmarktes, insbesondere die Entwicklung des Mindestlohns und allgemein gute Arbeitsbedingungen.

Auch die Tatsache, dass in den Fokusgruppen mit Beteiligung von AfD-Wählenden einige positive Aspekte in Deutschland wahrgenommen werden (ebenfalls vor allem rund um den Sozialstaat), bedeutet eine Verschiebung zur Vorjahresstudie. Vergleicht man diese Gruppen mit den gemischten Wählergruppen, sind Unterschiede bei der Anzahl der genannten positiven Entwicklungen oder auch der qualitativen Behandlung dieser als positiv genannten Themen zu erkennen: Positive Aspekte wurden nicht nur weniger breit und vertieft diskutiert, sondern auch ironisch, teils sarkastisch aus der Gruppe heraus kommentiert.

„Ich finde auch, das Prinzip unseres Sozialstaates, ich sage bewusst, das Prinzip, bevor ich hier mit Steinen beworfen werde.“ (alle lachen) (Düsseldorf, BSW)

„Ich finde, wir bauen immer noch gute Autos. Auch wenn die keiner mehr haben will, wie es scheint.“ (Rostock, AfD)

„Post vom Finanzamt kommt pünktlich. (alle lachen) [...] Ja, das ist so das Einzige, was wahrscheinlich noch funktioniert. Also, ich würde sagen, so, oder Bußgeldbescheide. Sowas, das kommt auch pünktlich.“ (Düsseldorf, AfD)

Insgesamt soll nicht unerwähnt bleiben, dass die bei Deutschland genannten positiven Aspekte häufig in Relation zu anderen, teils deutlich weniger entwickelten Ländern gesetzt wurden, insofern sie eben nur im Vergleich zu diesen Ländern als positiv zu beurteilen seien.⁸ Gleichzeitig kann gruppenübergreifend nicht übersehen werden, dass die genannten positiven Aspekte insgesamt als bedroht angesehen werden. In allen Gruppen stellt sich z. B. ein Konsens darüber ein, dass dies oder jenes Positive allenfalls als „noch gut“ zu bezeichnen sei. Dies weist auf die (latente) Sorge vor einem möglichen sozialen Abstieg bzw. einem sinkenden allgemeinen Wohlstand in Deutschland hin.

„Also grundsätzlich, uns geht es ja eigentlich auch noch nicht schlecht. Aber [...] man hat so das Gefühl, dass es so in allen Bereichen irgendwie ein bisschen kriselt [...]. Also eigentlich [...] klagen wir ja sicherlich noch auf hohem Niveau. In anderen Ländern [...] haben [sie] vieles noch gar nicht gehabt, was wir noch haben. Aber die Frage ist, wie lange wir es noch so haben.“ (Dresden, BSW)

Insgesamt scheint sich die äußerst negative Stimmung von 2023 im Jahresvergleich aufgehellt zu haben. Dies ist insofern überraschend und durchaus bemerkenswert, als dass selbst jüngste quantitative Erhebungen zur politischen Stimmung in Deutschland diesen möglichen Stimmungswandel weder insgesamt noch in Nuancen widerspiegeln.⁹ Inwiefern diese Beobachtung der diskursiven Verschiebung mit der geänderten Zusammensetzung der Gruppe zusammenhängt, bleibt offen. Diese Beobachtung könnte auch unabhängig davon sein. Eine andere Deutung könnte auch mit der geäußerten Hoffnung auf Wandel und Besserung nach der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025 in Verbindung stehen. Das „Ampel-Aus“ scheint aber hier keine Rolle zu spielen. Als eine manifeste politische Krise wurde es ungestützt in keiner Gruppe weder als Negativ- noch als Positiventwicklung genannt.

5 Vgl. Werkmann, Caroline/Frieß, Hans-Jürgen, 2024: Enttäuschung, Frust und Resignation. Eine qualitative Analyse der politischen Stimmungslage in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Entt%C3%A4uschung+Frust+und+Resignation.pdf/3730c3a3-7917-c9a0-b718-82dd17a8f837?version=1.0&t=1718971544714> (letzter Zugriff: 23.01.2025).

6 Es handelt sich um Zitate, deren Ausdrucksweise und Grammatik im Original belassen wurden.

7 Für weitere Informationen siehe hierzu insbesondere Kapitel 4.

8 Vor allem in den Gruppen mit AfD-/BSW-Wählerinnen und -Wählern wurde hierbei der Vergleich häufig auf Länder des Balkans, Orients oder Afrikas angewandt – gerade auch, um zu unterstreichen, dass Deutschland nicht (mehr) in der ersten Liga spiele.

9 Vgl. Infratest dimap, 2024: ARD-DeutschlandTREND Dezember 2024. Repräsentative Studie im Auftrag der ARD. Online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschland-trend/2024/dezember/> (letzter Zugriff: 28.03.2025).



Einstellungen im Wandel

Im Rahmen dieser Studie wurden die Einstellungen zu drei zentralen politischen Themen vertiefend untersucht: Migration und Integration, Wirtschaft und Wohlstand sowie Klimawandel und Klimapolitik. Diese Schwerpunktsetzung ermöglichte einen detaillierten Blick auf die Entwicklung der Relevanz dieser Themen im Vergleich zur Vorgängerstudie aus dem Jahr 2023, um mögliche Veränderungen in den Argumentationsmustern und der Themendeutung im zeitlichen Verlauf herauszuarbeiten sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Wählergruppen der AfD, des BSW und der übrigen Bundestagsparteien zu eruieren.

4.1 Migration und Integration

Trotz unterschiedlicher politischer Orientierungen zeichnen sich einige übergreifende Konsenslinien, wie Migration verhandelt wird, ab, die von einer veränderten Diskussionskultur zeugen. Gruppenübergreifend wird Migration als zentrales politisches Thema mit hoher Salienz und Dringlichkeit wahrgenommen,¹⁰ wobei über Parteipräferenzen hinweg ein Wunsch nach verstärkter Regulierung der Zuwanderung besteht.

Auffällig ist, dass sich die Debatte zunehmend auf Integrationsfragen und den wirtschaftlichen Nutzen von Zuwanderung verlagert. Beachtung finden dabei insbesondere die Arbeitsmarktintegration und die damit verbundenen bürokratischen Hürden. Hierbei wird deutlich, dass die Teilnehmenden aller Gruppen die Notwendigkeit einer schnelleren Anerkennung von Ausbildungen und Abschlüssen sowie den Abbau administrativer Barrieren als wesentliche Faktoren für eine erfolgreiche Integration identifizieren.

„Es ist ja Fakt, dass wir auch ausländische junge Leute brauchen in Deutschland. Wir haben eine überalterte Gesellschaft, uns fehlen Fachkräfte in vielen Bereichen. [...] da sollte sich die Politik mehr einschalten oder auch mehr trauen, [...] wie in anderen Ländern, in der Schweiz oder in den USA, die holen sich ja auch die Leute, die sie gerne haben wollen [...].“ (Dresden, BSW)

„Ich finde, Zuwanderung ist kein Problem. [...] eher liegt es an der Politik, wie man damit umgeht. Also wir holen zum Beispiel Ausländer ins Land [...], die sind dann in Gefängnissen, quasi, dürfen nicht arbeiten, jahrelang, haben keine Arbeitserlaubnis. Und diese ganzen Anträge und so weiter, die man stellen muss. Die können kein Deutsch, das ist viel zu kompliziert und da wird nicht genug getan.“ (Berlin, Grüne)

„[...] wenn die Leute Arbeit suchen hier, ehe die Berufe anerkannt werden, das dauert ewig.“ (Dresden, AfD)

Auch eine Verknüpfung von Migration mit Fragen der inneren Sicherheit ist gruppenübergreifend als starker Diskussionsstrang zu beobachten, was sich beispielsweise in

Debatten über Schutzmaßnahmen bei öffentlichen Veranstaltungen wie Weihnachtsmärkten manifestiert, die als symptomatisch für wahrgenommene Defizite in der Migrationspolitik gedeutet werden.

„[...] die Weihnachtsmärkte, die werden ja jetzt mittlerweile mehr geschützt als die Grenzen, wo ich mich frage, okay, hätten wir das an der Grenze vielleicht mal früher gemacht, dann müssten wir jetzt nicht alle Weihnachtsmärkte so einbetonieren.“ (Düsseldorf, AfD)

„Ich würde auch noch mal sagen, ein allgemeines Unwohlgefühl, was sich jetzt im Laufe der Monate also verstärkt hat, wenn man abends als Frau auf der Straße ist, dass man angepöbelt wird. Hat vielleicht was auch damit zu tun durch die Migration, aber auch durch bestimmte Gruppen, die sich an Orten bilden und dann fühle ich mich halt nicht so wohl. Also das ist verstärkt.“ (Hannover, CDU)

Parallel dazu werden die finanziellen Herausforderungen der Migrationssteuerung im Kontext konkurrierender sozialpolitischer Prioritäten diskutiert. Hierbei wird häufig argumentiert, dass Ressourcen für die Aufnahme und Integration von Migranten benötigt werden, die in anderen Bereichen wie der Altersvorsorge, Kinderbetreuung oder dem Schaffen von (bezahlbarem) Wohnraum fehlen.

„Ein System [...] hat halt einfach eine begrenzte Menge an Geld. [...] Wenn du Leute ins Land holst, die halt nicht hier arbeiten, dann ist halt Geld für alle weniger da.“ (Mannheim, BSW)

Jenseits dieser gruppenübergreifenden Konsenslinien zeigen sich differenzierte Wahrnehmungen und Unterschiede in den argumentativen Repertoires der verschiedenen Wählergruppen. AfD-/BSW-Wählerinnen und -Wähler diagnostizieren einen staatlichen Kontrollverlust in der Migrationspolitik. In der Beschreibung der Problemlage dominieren Vorstellungen vom Ausnutzen des Sozialsystems durch Migrantinnen und Migranten, wobei diese nicht ausnahmslos akzeptiert bzw. verstärkt werden, sondern auch – zumeist von BSW-Wählerinnen und -Wählern innerhalb der Gruppen – auf Gegenerzählungen von engagierten Zugewanderten treffen, die durch das System behindert werden.

„Ich meine, [...] dieser Familienrückzug oder Nachzug oder wie es ja auch heißt. Da [...] wird ein Antrag gestellt und dann kommen zum Teil hier 97 andere Leute mit hin, die aber nicht willens sind, sich hier zu integrieren und [...] uns den Mittelfinger ausstrecken. [...] wenn man sich die Zahlen durchliest, und das ist ja nachzulesen, wie kann es sein, dass unser Land mehr Kindergeld nach Rumänien überweist, als Kindergeld in Deutschland ausgezahlt wird?“ (Berlin, AfD)

„Und viele wollen auch einfach Arbeit suchen und können es einfach nicht, weil denen immer wieder Steine in den Weg gelegt werden. [...] dass [...] es viele [...] schwarze Schafe dabei gibt, das will ich nicht ausschließen, aber es gibt viele Menschen, die herkommen und einfach einen Beitrag leisten wollen und einfach Arbeit suchen und einfach ein Leben, ein besseres wollen.“ (Dresden, BSW)

Zudem äußern vor allem AfD-affine Teilnehmende Bedenken hinsichtlich einer wahrgenommenen Einschränkung der Meinungsfreiheit: Es herrscht ein Gefühl der Victimisierung vor, wonach keine kritischen Äußerungen möglich seien, ohne als Nazi bezeichnet oder gar „Opfer“ staatlicher Verfolgung und Repressalien zu werden.



„Die Migrationskrise kann man nicht ansprechen, weil da gleich der Vorwurf ist natürlich, man ist rechts [...] oder Nationalsozialist oder was auch immer. Also das ist so dieses Totschlagargument, wo ich nicht mehr weiterrede. [...] Und wenn ich Probleme der Welt benenne, zu sagen, „du bist ein Nazi“, dann ist das schon unter die Gürtellinie, finde ich [...].“ (Mannheim, AfD)

„Wer die Wahrheit sagt, wer sagt, was er denkt, [...] der kann sich die Papiere holen. [...] Ich habe es schon zweimal erlebt. Also nicht ich persönlich, sondern je eine andere Person, wie die das gesagt hat, was sie denkt. [...] im Hotel, da waren eben Ausländer, die in der Spülküche waren, die kommen eben einfach mal nicht. Und da hat derjenige gesagt: Ja, die mit ihrem Scheiß-Kopftüchern hier, die können ja machen, was sie wollen, und ich muss dann die Scheiße ausbaden.“ Der brauchte nichts mehr ausbaden, der konnte sich dann beim Amt melden, und das darf nicht sein.“ (Dresden, BSW)

Dazu werden in den AfD-/BSW-Gruppen kulturelle Konflikte und Sorgen artikuliert, insbesondere in Bezug auf den Islam, dass beispielsweise (christlich-)westliche Traditionen zugunsten einer Anpassung an islamische Bräuche aufgegeben werden könnten.

„Ich möchte nicht alle über einen Kamm scheren, aber dem Großteil von den jungen Menschen, die hierherkommen, die benehmen sich nicht. Die wollen halt ihre Religion oder ihr Leben, was sie dort geführt haben, hier so weiterführen. Und das funktioniert dann nicht.“ (Dresden, AfD)

„Diese Akzeptanz von dieser muslimischen Kultur. Dass Winter-, wie heißt es, -märkte jetzt etabliert werden und nicht mehr Weihnachtsmärkte. Also, dass wir uns so krass anpassen müssen. Ich finde das nicht in Ordnung.“ (Berlin, BSW)

In den Gruppen mit Wählerinnen und Wählern anderer Bundestagsparteien wird der Zustand der Migrationspolitik eher als unkoordiniert und ungeregelt beschrieben, wenngleich auch die Sorge vor einem Kontrollverlust geäußert wird. Probleme bei der Integration, wie die Überlastung des Bildungssystems und der Kommunen, stehen noch stärker im Vordergrund der Diskussionen. Zudem werden Bedenken über potenzielle gesellschaftliche Spaltungen und Gewalt gegen Migrantinnen und Migranten geäußert, die mit einem zunehmenden Rechtsruck und dem Erstarken der AfD verknüpft werden.

„Und die AfD [...] nutzen das, fassen das auf und sagen, der ist schuld, dass es dir schlecht geht, das stimmt doch gar nicht. [...] das ist ein Problem, wir müssen das irgendwie [...] lösen. Aber dies hier, das ist eine Propaganda [...] und das spaltet das Land und sobald wir gespaltet werden, haben wir ein Riesenproblem. [...] Und im Osten habe schon Geschichte gehört, da haben Häuser gebrannt mit den Leuten [...]. Und [...] das gab es alles in Deutschland in den 90er-Jahren nach der Wiedervereinigung. Und vorher in den 30er-, 40er-Jahren, dann wissen wir, was alles hier passiert ist.“ (Mannheim, SPD)

Vor allem ist bemerkenswert, dass das Argument der Menschlichkeit im Diskurs um Migrations- und vor allem Asylpolitik nur in vereinzelten Gesprächsbeiträgen auftaucht und kaum eine Rolle zu spielen scheint.

Zudem zeigen sich im Vergleich zu früheren Erhebungen signifikante Verschiebungen in der Argumentation und Tonalität. Selbst in den AfD-/BSW-Gruppen fallen kaum noch

extrem ausländerfeindliche Äußerungen, was einen markanten Unterschied zu den Beobachtungen aus dem Jahr 2023 darstellt. Die früher beobachtete, argumentative Eskalation in den AfD-Gruppen bleibt weitgehend aus.¹¹ Völkische und rechtsextreme Narrative werden nur sehr vereinzelt angeschnitten – so wurde beispielsweise der Begriff der „Landnahme“ als Schlagwort in die Diskussion eingebracht, was als sogenanntes *dog whistling* interpretiert werden könnte, also als codierte Sprache, die bestimmte ideologische Positionen subtil kommuniziert, ohne sie explizit zu benennen.¹² Diese und ähnliche Diskussionsanreize, u. a. auch extreme islamfeindliche Aussagen, führen jedoch nicht zu einer Zuspitzung der Tonalität.

„[...] die Migration aus islamischen Ländern bietet keinen Mehrwert. Die bietet keinen Mehrwert für die Gesellschaft. Also in meinen Augen sind das alles, ja, also die tragen nichts zum Bruttoinlandsprodukt bei. Es kommen keine Erfindungen aus diesen Ländern und das ist für mich durch und durch Armut und Mittelalter.“ (Düsseldorf, AfD)

Während in der Vorgängerstudie derartige Codes und Positionen in der Diskussion zuweilen aufgegriffen und verstärkt wurden, blieb dies in der vorliegenden Studie aus. Die Argumentation ist insgesamt weniger anekdotisch und weniger emotionalisiert. Geschichten über persönlich erlebte Bedrohungen oder Berichte aus zweiter Hand, die 2023 die Diskussionen noch stark geprägt haben,¹³ nehmen weniger Raum ein. Stattdessen wird in den Diskussionen über Migration verstärkt mit Bezug auf Recht und Gesetz argumentiert und es werden rechtliche sowie administrative Aspekte in den Vordergrund gerückt.

„Oder man hält sich an die Gesetzeslage, die ist ja da. [...] Die [Gesetze] werden straflich ignoriert. Deswegen haben wir diese Zustände. Es ist klar definiert, wer darf als Flüchtling hier rein und wer nicht. [...] Wer trotzdem hier ist, der muss wieder raus. Das ist klar definiert. Und wer hier irgendwie sich einbringen kann, weil er ganz bestimmte besondere Skills oder Features aufweisen kann, der darf hier reinkommen. Unter ganz bestimmten Umständen. Das alles ist klar.“ (Düsseldorf, AfD)

Häufig geäußerte Forderungen umfassen härtere Strafen und eine konsequenteren Strafverfolgung bzw. Anwendung und Durchsetzung geltender Gesetze sowie eine schnellere und konsequenteren Abschiebung straffälliger Migrantinnen oder Migranten. Dieser Fokus auf eine „Law and Order“-Politik in der Migrationsfrage findet auch unter den Wählerinnen und Wählern anderer Bundestagsparteien breite Unterstützung.

„Nur weil es ein paar schwarze Schafe gibt, sind das nicht alle Migranten. [...] Aber man muss die, die sich danebenbenimmt, Straftaten begehen, hart bestrafen. Und vor allen Dingen Straftaten gegen Frauen, meiner Meinung nach. Oder generell. Wir reden hier, Mord, Vergewaltigung.“ (Mannheim, BSW)

„[...] wenn dann die Leute straffällig werden, das ist dann wieder so ein Punkt, [...] ich denke, da gehen wir alle dann mit, und würden dann sagen: ,Die Leute, die haben dann hier nichts verloren.“ (Hannover, SPD)

In den Gruppen der anderen Parteien fällt besonders eine verstärkte Zurückhaltung bei der Thematisierung von Migrationsfragen auf, was auf eine Tabuisierung hindeutet. Das Thema wird weniger offen und zumeist erst spät in den Diskussionen angesprochen, teils sogar gar nicht als aktuelle Herausforderung für Deutschland genannt – um dann



einzuräumen, man habe sich nicht getraut, Migration als Problem zu benennen. Wenn das Thema doch zur Sprache kommt, werden Argumente oftmals von Rechtfertigungsformeln begleitet.

„Man kann es aber auch beim Namen nennen, also Flüchtlingszuzug kann man es nennen, [...] also ich glaube, das kann man schon so aussprechen, weil es ja einfach so ist [...].“ (Mannheim, Linke)

Moderator: „Es ist interessant, was ich hier nicht sehe. Nämlich, das eine ist Migration. Ist das kein großes Problem?“ – „Doch, hat sich keiner getraut zu sagen. [...] Ich habe mich auch nicht getraut, das zu sagen.“ (Rostock, SPD)

„Ja, aber ich finde, der eine steht wie ein Elefant im Raum, also ich finde die Migrationspolitik, ich will mich jetzt hier nicht unbeliebt machen. [...] Aber wir haben auf jeden Fall keine gesellschaftliche Lösung gefunden für das Problem. [...] Und die soziale Spannung, von der wir hier sprechen, man kann den Elefanten im Raum auch mal benennen. Das sind sehr, sehr viele, die das [...] Problem stört und deswegen, dass das jetzt als Letztes genannt wird, das wundert mich ein bisschen.“ (Dresden, Grüne)

„[...] wenn man sich im Freundeskreis oder unter Kollegen unterhält, dann kommt immer als Erstes, der Erste, also ich bin nicht ausländerfeindlich, aber das und das. [...] Jeder muss sich immer erst mal entschuldigen, [...] Moment, ich bin nicht AfD. Ich bin nicht rechts [...]. Aber trotzdem würde ich gerne mal was dazu sagen.“ [...] Also das [...] passiert mir eigentlich fast jeden Tag so.“ (Berlin, CDU)

Insgesamt zeigt sich also eine komplexe Entwicklung in der Migrationsdebatte: Im Vergleich zu 2023 scheint sich die Tabuisierung des Themas weiter verstärkt zu haben, was möglicherweise als Reaktion auf vergangene Polarisierungen und eine breitere gesellschaftliche Unsicherheit im Umgang mit dem Thema Migration gedeutet werden kann.

Andererseits ist eine Abschwächung extremer Positionen sowie eine Versachlichung der Diskussion und eine stärker problemorientierte Auseinandersetzung zu beobachten. Im Vergleich zur Studie aus dem Jahr 2023, die vor der Gründung des BSW mit homogenen AfD-Gruppen durchgeführt wurde, könnte dies auf einen mäßigenden Einfluss der BSW-Wählerschaft hindeuten. Die Präsenz von BSW-Wählerinnen und -Wählern in den Gruppen scheint zumindest in gewisser Form deradikalisierend auf die Diskussion gewirkt zu haben. Diese Veränderung allein dem Einfluss des BSW zuzuschreiben, ist jedoch als Erklärungsansatz zu kurz gegriffen, da auch in den Gruppen anderer Parteien eine Verschiebung der Tonlage zu beobachten ist.

Neben einem mäßigenden Einfluss der BSW-Wählerinnen und Wähler könnten daher weitere Überlegungen mögliche Erklärungsansätze bieten. Es wird wahrgenommen, dass die Politik an der Problemlösung des Migrationsthemas arbeitet, gleichzeitig haben wirtschaftliche Themen an Bedeutung gewonnen. Dies könnte zu einer Verlagerung der Aufmerksamkeit und einer sachlicheren Betrachtung der Migrationsfragen geführt haben. Zudem fühlen sich AfD-Wählerinnen und -Wähler in ihrer Problemwahrnehmung weniger isoliert. Das Gefühl, mit ihren Bedenken gehört zu werden, könnte zu einer gemäßigteren Artikulation ihrer Standpunkte beitragen.

Die Migrationsdebatte offenbart sich als vielschichtiges Problem, das nicht allein durch faktische Maßnahmen (Output) gelöst werden kann. Vielmehr spielt die subjektive Wahrnehmung der politischen Situation und die daraus folgenden Forderungen der Bevölkerung an die Politik (Input) ebenso eine Rolle.¹⁴ Es geht nicht nur darum, welche konkreten Schritte zur Steuerung der Migration unternommen werden, sondern auch darum, wie diese Maßnahmen von der Öffentlichkeit wahrgenommen, interpretiert und schließlich adressiert werden.

4.2 Wirtschaft und Wohlstand

Dass das Thema Wirtschaft allgemein sowie Teuerung der Lebenshaltungskosten in den letzten Monaten zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, zeigt sich nicht nur in verschiedenen repräsentativen Bevölkerungsbefragungen, die die Sorgen der Bevölkerung monitoren,¹⁵ sondern auch in den Diskussionsverläufen dieser Studie. Wirtschaft wie auch Wohlstand, weitgefasst einschließlich Infrastruktur, Bürokratie und Lebenshaltungskosten, werden als zentrale politische Herausforderung betrachtet, die Migration zunehmend den Rang abläuft. Dies zeigt sich an einer wachsenden Breite der geäußerten Sorgen, aber auch an der zugeschriebenen Dringlichkeit.

*„Was sind die Themen? Was brennt den Leuten irgendwie unter den Nägeln? Das ist, dass der Einkaufswagen immer teurer wird, den ich da durch die Gegend schiebe.“
(Berlin, AfD)*

*„[...] Migration [...] ist nicht unser einziges Problem, weil, wenn wir jeder 3.500 Euro netto hätten zu Hause, dann würden dich die Flüchtlinge gar nicht interessieren, weil du so viel Geld hast, du würdest sogar 100 Euro gerne geben [...].“
(Mannheim, SPD)*

Zwar lassen sich Unterschiede hinsichtlich Intensität und Ausrichtung der wirtschaftlichen Diskurse in den verschiedenen Wählergruppen feststellen, aber insgesamt spiegelt sich in der Erhebung aus dem Jahr 2024 eine wachsende Verunsicherung und Besorgnis über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands wider. Es herrscht ein allgemeiner Konsens, dass sich die Lebensumstände insgesamt verschlechtern, da höhere Kosten auf geringere Leistungen treffen.

*„Das ist ja immer die Frage, was bekomme ich wofür? Das Verhältnis ist aus den Fugen geraten. Das Verhältnis zwischen dem, was ich bekomme und was ich dafür zu zahlen habe, das geht überhaupt gar nicht mehr.“
(Rostock, SPD)*

*„Ich sage mal, wenn man mehr bezahlt für eine Leistung, wenn jetzt die Krankenkassenbeiträge steigern, und es würde sich aber wirklich was verbessern in der Gesundheitsversorgung, man kriegt schneller einen Facharzttermin oder, oder, oder. Dann kann man sagen: „Okay, ich habe zwar hier was, was ich mehr bezahlen muss, aber ich bekomme dafür auch eine Verbesserung.“ Und das tritt halt nicht ein.“
(Hannover, BSW)*

In der Zustandsbeschreibung zeigt sich ein von starken Unsicherheiten geprägtes Bild der wirtschaftlichen Lage: Entlassungen bei Großunternehmen sowie zunehmende Insolvenzen werden als Indikatoren eines wirtschaftlichen Abschwungs wahrgenommen.



Insbesondere die geplanten Werkschließungen bei VW tragen zu wachsenden Zukunftsängsten und zunehmender Unsicherheit über die eigene Arbeitsplatzsicherheit bei.

„Und dass VW mal Pleite machen würde, [...] das war unvorstellbar. [...] wenn mir das einer vor 20 Jahren gesagt hätte, hätte ich gesagt: Ja, rede du mal' [...] Und dass es mal so weit kommen konnte und wir da sehenden Auges reingelaufen sind, das kann ich nicht verstehen.“ (Düsseldorf, AfD)

„Und das hat sich jetzt die nächsten Jahre auszuwirken, viele Leute haben mittlerweile auch sehr viel Zukunftsängste. Da ist man froh, wenn man schon in Rente ist, Jobs sind unsicherer, da ist eine große Unsicherheit im Land in vielen Branchen. Und das verändert schon die Gesellschaft, weil jeder erst mal guckt, dass das selber überlebt.“ (Mannheim, CDU)

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wird als gefährdet angesehen, wobei hohe Energiepreise und eine unzureichende Energiepolitik dafür verantwortlich gemacht werden. Auch das Abschalten der letzten Atomkraftwerke stößt auf Kritik und Unverständnis – vor allem im Vergleich mit anderen Ländern, die eine andere Atompolitik betreiben und von denen Deutschland nun Atomstrom importiere. Zudem verstärkt eine überbordende Bürokratie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vieler Unternehmen und verhindert wirtschaftlichen Aufschwung. Das Lieferkettengesetz gilt für viele als Sinnbild für den wachsenden bürokratischen Aufwand für Unternehmen.

„Weil wir eine überbordende Bürokratie haben [...]. Wir haben zum Beispiel das Lieferkettengesetz jetzt neuerdings eingeführt, wo du nachweisen musst, dass jeder Lieferant bestimmte Standards einhält. Und die Chinesen, die haben so was nicht. [...] Die interessiert das auch nicht [...]. Und dadurch produzieren wir halt wesentlich teurer als die. [...] Wir sind nicht konkurrenzfähig mit denen.“ (Mannheim, BSW)

„CO₂-Emissionsabgaben und den ganzen Kram, das Lieferkettengesetz, diese ganzen Sachen, die jetzt gekommen sind, sind noch mal für Unternehmen so ein hoher bürokratischer Aufwand. Manche Unternehmen, die müssen eine Person einstellen, die sich den ganzen Tag mit den rechtlichen Themen beschäftigt [...]. [...] pro Unternehmen in Deutschland insgesamt ist es ein riesen volkswirtschaftlicher Verlust, der da entsteht, für nichts.“ (Düsseldorf, FDP)

„Weil die Strompreise zu hoch sind. Das ist ein ganz, ganz großer Faktor bei der Industrie. Die Strompreise, die sind ja in die Höhe geschossen und die brauchen doch Strom, um was zu produzieren.“ (Mannheim, AfD)

Auf der individuellen Ebene verstärken steigende Lebenshaltungskosten bei gleichzeitiger Wahrnehmung sinkender Leistungen das Gefühl eines schleichenden Wohlstandsverlusts. Die Teuerung wird besonders beim Wocheneinkauf, aber auch in vielen anderen Bereichen des Lebens wie Miet- und Nebenkosten, Krankenversicherungsbeiträgen oder Autoversicherungsprämien als belastend empfunden.

„[...] wenn man jetzt einkaufen geht und man hat einen Einkaufskorb, bezahlt 50 Euro. Dann muss man immer gucken, was da dann eigentlich drin ist. [...] Ich will jetzt nicht sagen, dass ich jetzt schlecht verdiene, aber es ist auch nicht so, dass ich jetzt jeden Monat denke:

„Oh ja, ich habe hier noch das und das über. Was mache ich denn jetzt damit? Ich [...] gehe jetzt noch mal in den Urlaub oder so? Das ist halt auch nicht so.“ (Hannover, BSW)

„[...] [Für] was man so drumherum noch braucht, so Klopapier, so ein bisschen Alltagskram, bezahlen wir jetzt im Moment so viel, wie wir vorher für den Wocheneinkauf mit viermal Kochen bezahlt haben [...].“ (Hannover, Grüne)

Konkrete Auswirkungen wie hohe Nachzahlungen für Heizkosten sowie Einschränkungen beim Konsum und Urlaubsverzicht verdeutlichen die persönliche Betroffenheit. Für einige reicht das Einkommen nicht mehr für ein als angemessen empfundenes Leben. Auch unzureichendes Elterngeld wird bemängelt, das Familien vor besondere finanzielle Herausforderungen stellt.

„[...] wenn ich an meine Elternzeit denke, wie viel ich da bekomme, [...] und ich bin Beamtin. Ich sollte mir eigentlich keine Sorgen machen. Ich habe schlaflose Nächte. Ich weiß nicht, wie ich das alles machen soll. [...] Sei es Kita, den Platz, den du im besten Falle mal bekommst, dann kannst du froh sein, wenn der umsonst ist [...]. Elterngeld, alle sagen immer: Ja, die ersten drei Jahre sind die wichtigsten', aber du kannst es dir nicht leisten so lange, weil ab dem dritten Jahr kriegst du einfach gar nichts mehr. Ein Jahr nur zu gehen, damit du halbwegs gut leben kannst, lohnt sich auch nicht, weil dann bist du eine Rabenmutter, weil wie kannst du dein Kind mit einem Jahr in die Betreuung geben? Weiß ich nicht. Aber wir kriegen ja jetzt 5 Euro mehr Kindergeld.“ (lacht) (Düsseldorf, AfD)

„Also, weil ich halt dual studiere, heißt das ja, ich muss erst einmal so Vollzeit arbeiten und das reicht nicht mal aus für die Wohnung, die ich hier habe. Deswegen habe ich auch noch einen Nebenjob dazu, damit ich [...] hauptsächlich Strom noch dazu bezahlen kann, den anderen Rest. Ich habe auch mit [...] Finanzberatern gesprochen, wie ich das eigentlich für die Zukunft regeln kann. Und die so: [...] Okay, rufe uns vielleicht so dann an, wenn du vielleicht 50 Euro irgendwie übrig hast. Dann können wir da irgendwas anlegen', aber anders geht halt gar nicht.“ (Mannheim, Grüne)

Jenseits dieser gruppenübergreifenden Konsenslinien offenbaren sich jedoch auch deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung wirtschaftlicher Themen zwischen AfD-/ BSW-Wählerinnen und -Wählern und der Anhängerschaft anderer Parteien.

AfD- sowie BSW-Anhängerinnen und -Anhänger äußern häufig die Ansicht, dass Steuergelder und Wirtschaftshilfen ins Ausland fließen, während sie hierzulande fehlten. Es herrscht die Überzeugung vor, dass ausreichend finanzielle Mittel vorhanden seien, diese jedoch falsch verwendet würden. Der Fall der Finanzierung der Fahrradwege in Peru wird immer wieder als Beispiel für eine solche Geldverschwendungen erwähnt, aber auch die Unterschlagung von Mitteln unterstellt, wobei die sogenannte Maskenaffäre als bezeichnend angeführt wird:

„[...] was [ist] passiert mit dem Spahn davor. Der hat nur Müll gemacht. Wir entsorgen Milliarden Masken und einer wird reich und kauft sich eine Villa nach dem anderen. Und wir reden hier, ob wir unserem Kind auf dem Jahrmarkt irgendwie eine Runde Karussell bezahlen müssen.“ (Berlin, AfD)



„Also eigentlich müsste das Geld da sein und die Steuereinnahmen müssten auch da sein, [...] dass die Leute weniger Abgaben zahlen müssten. Aber es passiert halt eben nicht. Die Steuern steigen ja immer weiter, das Krankenkassengeld steigt jetzt auch noch weiter. Und [...] eigentlich hat Deutschland die Topvoraussetzungen mit der Industrie, um genügend Geld zu haben für die Bürger. Und die Frage ist halt: Wo geht das Geld hin?“ (Hannover, AfD)

„Man hört selten, es bleibt jetzt hier im Land und es wird [...], in Anführungsstrichen, an uns mal gedacht. Weil, ich höre immer nur Außenpolitik und Ukraine. Ist alles gut und schön. Der Krieg ist schlimm. Und ich wäre auch froh, er wäre vorbei. Aber [...] ich habe das Gefühl, wir selber im Land [...] bleiben irgendwie immer so ein bisschen mehr auf der Strecke.“ (Mannheim, BSW)

Zudem sind individuelle Wohlstandsverluste und -ängste unter den AfD- und BSW-Wählenden besonders stark ausgeprägt, wobei sowohl individuelle als auch kollektive Deprivation als problematisch angesehen werden. Persönliche Einschränkungen werden hier noch stärker wahrgenommen.

„Ich hatte dieses Jahr 1.300 Euro Nachzahlung. Und das musste ich mir auch aufteilen auf zwei Monate [...]. Wie soll man das einfach so mal eben bezahlen [...]?“ (Hannover, BSW)

„Ich muss ehrlich sagen, ich habe jetzt noch zwölf Jahre oder so bis zur Rente. Also ich weiß nicht, ob ich, wenn ich dann noch 600 Euro Rente kriege, ob das reicht. Das reicht ja nicht mal für meine Wohnung.“ (Dresden, BSW)

„Das sind aber auch die Lebensmittel, die Versicherungen. Ich habe jetzt schon Angst, wenn der Januar kommt, das wird alles wieder teurer. [...] Früher hat man sich aufs neue Jahr gefreut, weil man irgendwie immer das Gefühl hatte, es bleibt mal ein bisschen mehr im Geldbeutel.“ (Mannheim, BSW)

Im Gegensatz dazu berichten Teilnehmende aus den Wählergruppen anderer Bundestagsparteien weniger starke persönlichen Einschränkungen, teilweise wird sogar betont, finanziell noch und vergleichsweise gut aufgestellt zu sein. Vereinzelt relativieren Teilnehmende gar die Situation als „Jammern auf hohem Niveau“ oder gewinnen persönlichen Konsumeinschränkungen auch eine positive Wirkung ab, z. B. Überkonsum und Verschwendungen von Lebensmitteln zu reduzieren.

„Also ich weiß gar nicht, ob der Wohlstand gefühlt sinkt [...] wir jammern auch noch ein bisschen auf hohem Niveau, mein Gefühl. [...] Klar, das schlägt alles zu Buche. Aber [...] wenn ich jetzt mal vergleiche, [...] wenn ich meinen Vater sehe, wie der angefangen hat in den 70er-Jahren, der hat sich das Haus vom Mund abgespart. [...] Also wir sind jetzt langsam über die Jahre in einem Niveau angekommen, auch [...] die jüngere Generation. Ich nehme da meine Kinder nicht aus, die sind 17 und 13, die sind einfach verwöhnt.“ (Düsseldorf, SPD)

„[...] man geht dann schon gezielter einkaufen. Und auf der einen Seite finde ich das gar nicht mal so schlecht, weil man auch dann die Ressourcen auch schützt [...]. Nicht so wie früher, vielleicht mal unbedacht einfach alles mitnehmen [...]. [...] in Deutschland werden auch viele Lebensmittel noch weggeworfen. [...] Ich meine, ich habe eine

feste Stelle und habe mein monatliches Gehalt. Aber es gibt natürlich Leute, die weniger haben oder [...] gerade keinen Job haben, dann fällt das natürlich eher schwieriger.“ (Hannover, Grüne)

In diesen Gruppen werden auch konkrete politische Forderungen laut: mehr Verlässlichkeit und Kontinuität in der Wirtschaftspolitik, verstärkte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie von Start-ups, Preissteuerung bei Lebensmitteln, aber auch Forderungen nach Sparpolitik und Kürzungen in der sozialen Absicherung. Gleichzeitig gibt es Stimmen für mehr Umverteilung, höhere Besteuerung von Reichen und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer. Vereinzelt, wenn auch sehr verhalten, wird auch hier ein Abwägen gegenüber Auslandshilfen, insbesondere für die Ukraine, thematisiert.

„Also diese Probleme, die wir hier haben, viele davon lassen sich ja mit Geld lösen. [...] Und man ist eigentlich an der Grenze zu dem, was man den Leuten noch abnehmen kann. [...] ich glaube, man müsste [...] alles einmal umdrehen, was es an Themen gibt, [...] auch in der sozialen Absicherung müsste man gegebenenfalls mit Augenmaß reduzieren, wie beim Bürgergeld [...].“ (Düsseldorf, FDP)

„Wenn einer halt 500 Milliarden, Millionen, was weiß ich, erbt, der bezahlt genauso viel Steuern wie einer, der halt nur 500.000. Und da könnte man dann quasi ansetzen [...].“ (Rostock, Linke)

Im zeitlichen Vergleich lassen sich einige Verschiebungen in den Argumentationsmustern feststellen. Auffällig ist, dass das Thema Bürgergeld, das 2023 noch sehr virulent diskutiert wurde, in den Diskussionen an Präsenz verloren hat. Stattdessen rückt die Kritik an Bürokratie und Energiepolitik in den Vordergrund, die als Hindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung und als Gründe für die Abwanderung von Unternehmen gesehen werden.

Insgesamt scheint die Verknüpfung von Wirtschaftsthemen mit Migrationsfragen weniger präsent zu sein. Während in der Vorgängerstudie in den AfD-Gruppen Zuwanderung noch als Kernursache für den wahrgenommenen Verlust an Wohlstand galt, findet sich in den vorliegenden Diskussionen eher generalisierte Kritik an Auslandshilfen als an Verteilungsvorgängen, die sich gezielt gegen Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete richten.

Die Verschiebung weg von migrationszentrierten Argumenten hin zu einer breiteren wirtschaftspolitischen Debatte könnte auf eine Veränderung im öffentlichen Diskurs hindeuten, bei der komplexere ökonomische Zusammenhänge aufgrund wachsender wirtschaftlicher Probleme und des konkret angekündigten, vielfachen Stellenabbaus von Konzernen stärker in den Vordergrund rücken. Diese Entwicklung bietet möglicherweise Ansatzpunkte für eine sachlichere und lösungsorientierte politische Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Herausforderungen.



4.3 Klimawandel und Klimapolitik

Das dritte Kernthema dieser Untersuchung stellte neben Migration und Wirtschaft die Klimapolitik dar. Hinsichtlich der Wahrnehmung und Priorisierung des Klimaschutzes in Deutschland lässt sich eine deutliche Verschiebung erkennen: Gruppenübergreifend zeigt sich, dass Klimaschutz auf der öffentlichen Agenda eklatant an Bedeutung eingebüßt hat.¹⁶ Selbst bei traditionell klimabewussten Wählergruppen wie den Grünen ist eine Zurückhaltung zu beobachten. Trotz dieser Prioritätenverschiebung bleibt Klimapolitik ein polarisierendes Thema, das kontroverse und emotionale Diskussionen auslöst, wenn es zur Sprache kommt, was dazu führt, dass das Bekenntnis zu mehr Klimaschutzmaßnahmen in der Öffentlichkeit nur mit Vorsicht geäußert wird.

Ein gruppenübergreifender Konsens besteht in der Ansicht, dass Deutschland allein die globale Klimakrise nicht lösen könne und bereits ambitionierte Ziele verfolge. Diese Haltung spiegelt eine gewisse Skepsis gegenüber der Vorreiterrolle Deutschlands in der Klimapolitik wider und zeigt eine Tendenz zum Relativieren der nationalen Verantwortung im globalen Kontext.

„Klimaschutz, ja, ist ein großes Thema. Aber im Endeffekt, wenn nur Deutschland die Welt retten will, funktioniert das nicht.“ (Dresden, AfD)

„Also ich glaube einfach, das ist jetzt auch nicht direkt auf die Liste gekommen, weil wir ganz speziell gefragt haben: „Was läuft in Deutschland gut und was läuft schlecht?“ Und Klimaschutz ist eher ein geopolitisches Thema.“ (Düsseldorf, CDU)

Weitere gruppenübergreifende Ähnlichkeiten in den Diskursen zeigen sich in der Verlagerung auf wirtschaftliche Aspekte in der Argumentation, was eine Verschiebung der politischen Prioritäten widerspiegelt. Förderung weiterer Klimaschutzmaßnahmen werden insgesamt deutlich kontroverser diskutiert, während in allen Wählergruppen eher die Anpassung an den Klimawandel denn weitere (teure) Klimaschutzmaßnahmen befürwortet werden.

Deutliche Unterschiede manifestieren sich dabei jedoch in der Tonalität: In den AfD-/BSW-Gruppen werden spezifische Themen wie das Verbrenner-Aus oder die vermeintlichen negativen Auswirkungen der Klimapolitik auf die Wirtschaft besonders kritisch und emotional diskutiert.

„Also wir kaufen neue Autos, verschiffen unsere noch guten Autos nach Afrika und reden über CO₂.“ (Berlin, AfD)

„[...] ich glaube, [...] dass wir in Deutschland [...] haufenweise Geld in den Klimaschutz reinstecken, aber im Endeffekt super ineffizient sind. [...] Und das ist halt ein Problem in Deutschland. Wir stecken sehr viel Geld in irgendwas rein. Hintenrum schmeißen wir aber wieder die Kohlekraftwerke an und schließen die Atomkraftwerke. Ohne uns mal Gedanken zu machen, okay, wir brauchen was zum Überbrücken. Jetzt kaufen wir Atomstrom von den Franzosen.“ (Mannheim, BSW)

In den Gruppen mit Wählerschaften anderer Parteien wird das Thema Klimaschutz deutlich zurückhaltender und differenzierter diskutiert. Klimaschutz wird zwar grundsätzlich als wichtig erachtet, aber im Kontext anderer aktueller Krisen als weniger dringlich wahrgenommen.

„Also wenn ich morgens aufstehe, denke ich nicht daran: Ach du Scheiße, das Klimaziel. Ich denke schon eher daran: Habe ich noch Geld? Geht es mir gut? Kann ich heizen? Was habe ich zum Anziehen?“ (Rostock, Grüne)

Es wird für einen ausgewogenen Ansatz plädiert, der Klimaschutz mit wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit in Einklang bringt. Teilnehmende dieser Gruppen äußern Bedenken hinsichtlich der Verlässlichkeit der Klimapolitik und ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft. Sie fordern einen „intelligenten“ Klimaschutz, der die ökonomischen Realitäten nicht aus den Augen verliert.

„Ich denke auch, [Klimaschutz] ist ganz, ganz wichtig. Nur, es müsste intelligenter betrieben werden. [...] wir haben ja ganz viel Potenzial und dann werden aber Windräder abgeschaltet, weil der Strom irgendwie nicht transportiert werden kann. [...] Oder bei einer E-Auto-Förderung, dass sie dann plötzlich auf einmal weg war von heute auf morgen, das ist ja auch kontraproduktiv.“ (Hannover, CDU)

„Es wurden die großen Ziele festgeschrieben, aber immer mal wieder kommt man dann an so Punkte, wo dann große Parteien oder Politiker doch noch mal überlegen: „Sollten wir den Verbrenner-Stop nicht doch rauschieben? Sollen wir nicht doch wieder AKWs anwerfen, vielleicht doch noch mal einen Kohle-Tagebau [...] in Betrieb halten?“ Also ich glaube, das ist [...] für die Firmen schwierig, sich darauf einzustellen, [...] weil man sich nicht darauf verlassen kann, [...] wenn jetzt nach einer Wahl die Parteien neu sortiert werden, dass die nächste Regierung die Ziele so weiterführen würde oder ob dann Sachen wieder eingestampft werden. [...] Da fehlt irgendwie so eine Sicherheit, Verlässlichkeit.“ (Hannover, Grüne)

Ein interessanter Aspekt ist zudem die Wahrnehmung des Klimaschutzes als „Thema der Privilegierten“, was auf eine wachsende soziale Kluft in der Klimadebatte hindeutet. Diese Sichtweise hat sich im Vergleich zur Vorgängerstudie ausgeweitet: Während in der Untersuchung von 2023 Klimaschutz noch primär in den AfD-Gruppen als „Luxusproblem“ verhandelt wurde,¹⁷ hat dieses Narrativ nun auch in den gemischten Gruppen Einzug gehalten. Dies deutet auf eine breitere gesellschaftliche Verschiebung in der Wahrnehmung des Klimaschutzes und dessen Priorisierung angesichts multipler gesellschaftlicher Herausforderungen hin.

„Versuche mal, einem Bauarbeiter [...], der seine Miete nicht bezahlen kann und so viel für Benzin zahlt wie je zuvor, [...] zu erklären, dass das Schmelzen der Eiskappen für ihn ein größeres Problem ist als seine Mietpreise, seine Energiepreise etc. pp. Und Klimaaktivismus kommt auch immer [...] aus einer Position von Privilegiertheit. [...] Da ist natürlich dann auch die mentale Freiheit, weil du nicht von vielen dieser Sachen betroffen bist, dich für, in Anführungszeichen, größere, „bigger picture issues“ einzusetzen.“ (Dresden, CDU)



Im Vergleich zur vorherigen Erhebung lässt sich also eine Fortsetzung und Verstärkung bereits beobachteter Trends feststellen. Dazu gehört auch die Leugnung des menschlichen Einflusses auf den Klimawandel oder sogar des Klimawandels insgesamt in der AfD-Wählerschaft. Diese scheint weiter an Fahrt aufgenommen zu haben und findet nun breitere Unterstützung. Auffällig ist, dass selbst BSW-Wählerinnen und -Wähler dieser Haltung oft nicht widersprechen oder sogar in die Argumentation mit einsteigen.

„Welcher Klimawandel? [...] Der menschengemachte Klimawandel, den es vor Millionen Jahren schon gegeben hat, als es noch keine Menschen gab.“ (Berlin, AfD)

„Also wenn, dann retten wir bei uns die Umwelt, [...] Klima ist eh sehr, sehr imaginär.“ (Mannheim, BSW)

Besonders präsent sind Verschwörungsnarrative, die Klimaschutz als Instrument zur Bereicherung bestimmter Gruppen oder als Vorwand für politische Kontrolle darstellen. Klima- und Umweltschutz werden in diesen Erzählungen als unvereinbar gegenübergestellt: Während Umweltschutz als wichtig erachtet wird, gilt Klimaschutz als übertrieben und im Kern von wirtschaftlichen Interessen gesteuert.

„CO₂ ist das Gas des Lebens, ohne CO₂ ist Feierabend [...]. Ich finde das geil, wie die das geschafft haben [...], die Luft zu Besteueren. [...] Chapeau. [...] Leute verdienen Milliarden damit. Al Gore.“ (Mannheim, AfD)

„Klimaschutz kollidiert mit Umwelt- und Artenschutz. Das geht nicht zusammen. [...] Aber Umwelt- und Artenschutz bringen kein Geld. [...] Klimaschutz schon. Da liegt der Hase im Pfeffer. Follow the Money.“ (Düsseldorf, AfD)

-
- 10 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, 2025: Politbarometer: Langzeitentwicklung – Themen im Überblick. Online unter: https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/ (letzter Zugriff: 28.03.2025).
- 11 Vgl. Werkmann, Caroline/Frieß, Hans-Jürgen, 2024: Enttäuschung, Frust und Resignation. Eine qualitative Analyse der politischen Stimmungslage in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Entt%C3%A4uschung+Frust+und+Resignation.pdf/3730c3a3-7917-c9a0-b718-82dd17a8f837?version=1.0&t=1718971544714> (letzter Zugriff: 28.03.2025).
- 12 Vgl. Packard, Stephan, 2021: Dog Whistling. Weiße Flecken zwischen Technokratie und Demokratie. Vortrag zum Nachhören. Online unter: <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/medien-und-macht-hundepfeifen-in-der-politik> (letzter Zugriff: 28.03.2025).
- 13 Vgl. Werkmann, Caroline/Frieß, Hans-Jürgen, 2024: Enttäuschung, Frust und Resignation. Eine qualitative Analyse der politischen Stimmungslage in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Entt%C3%A4uschung+Frust+und+Resignation.pdf/3730c3a3-7917-c9a0-b718-82dd17a8f837?version=1.0&t=1718971544714> (letzter Zugriff: 28.03.2025).
- 14 Zum Output- und Inputkonzept siehe insbesondere die beiden Klassiker der Systemtheorie in der Politikwissenschaft: Easton, David, 1965: A Systems Analysis of Political Life. New York: Wiley; Almond, Gabriel A./ Powell, G. Bingham, 1966: Comparative Politics – A Development Approach. Boston: Little, Brown.
- 15 Vgl. Grömling, Michael, 2024: IW-Konjunkturumfrage Herbst 2024. Keine Signale für eine Wende. Köln: IW-Report, Nr. 47. Online unter: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2024/IW-Report_2024-Konjunkturumfrage-Herbst-2024.pdf (letzter Zugriff: 28.03.2025); Infratest dimap, 2024: ARD-DeutschlandTREND Dezember 2024. Repräsentative Studie im Auftrag der ARD. Online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2024/dezember/> (letzter Zugriff: 28.03.2025).
- 16 Vgl. Infratest dimap, 2024: ARD-DeutschlandTREND Dezember 2024. Repräsentative Studie im Auftrag der ARD. Online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2024/dezember/> (letzter Zugriff: 28.03.2025); Tagesschau, 2024: Ist Klimaschutz out? Erschienen am 20.09.2024. Online unter: <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/klimaschutz-psychologie-100.html> (letzter Zugriff: 28.03.2025); Hirndorf, Dominik, 2024: Wachsende Unterschiede zwischen Wählerschaften. Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu politischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung zu Klimaschutz, Migration und Sozialstaat. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Wachsende+Unterschiede+zwischen+W%C3%96hlerschaften.pdf/345b697c-33a2-3e72-a02e-4ae4f932262b?version=1.0&t=1733320120137> (letzter Zugriff: 28.03.2025).
- 17 Vgl. Werkmann, Caroline/Frieß, Hans-Jürgen, 2024: Enttäuschung, Frust und Resignation. Eine qualitative Analyse der politischen Stimmungslage in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Entt%C3%A4uschung+Frust+und+Resignation.pdf/3730c3a3-7917-c9a0-b718-82dd17a8f837?version=1.0&t=1718971544714> (letzter Zugriff: 28.03.2025).



Die Sicht der Wählerinnen und Wähler auf die Parteien

5.1 Das Verhältnis der Parteien zueinander

Die emotionale Beziehung und Einordnung von Parteien ist häufig Thema der (empirischen) Politikforschung.¹⁸ Mit dem BSW gibt es seit 2024 nun einen neuen und, wie bereits beschrieben, relevanten Akteur in der bundespolitischen Politiklandschaft, über den noch wenig allgemein bekannt ist und vor allem auch noch wenig Klarheit darüber herrscht, wie er ins Parteiengefüge einzuordnen ist. Um hier etwas Licht ins Dunkel zu bringen, wurde die Frage nach der Wahrnehmung der Beziehungen der Parteien untereinander neu in die Befragung aufgenommen.

Das Forschungsteam entschied sich für eine psychologische, projektive Übung. Diese zielte darauf ab, auch unbewusste, implizite Vorstellungen über Verbindungen und Trennlinien zwischen den Parteien aufzudecken, die in einer direkten Befragung möglicherweise nicht zum Vorschein gekommen wären. Ein besonderes Erkenntnisinteresse lag dabei auf der Positionierung des BSW als neu gegründete Partei. Konkret sollte die Übung insbesondere Aufschluss darüber geben, welche Position dem BSW im bestehenden Parteiengefüge zugeschrieben wird und wie es die Wahrnehmung der politischen Landschaft insgesamt verändert hat.

Dazu wurden die Teilnehmenden aufgefordert, die im Bundestag vertretenen Parteien anhand ihrer Parteilogo auf einem Tisch nach Nähe und Distanz zueinander zu ordnen. Gleichzeitig wurde jede Gruppe in zwei Untergruppen geteilt,¹⁹ die getrennt voneinander die Sortierung vornehmen und sich dabei innerhalb ihrer Untergruppe einigen sollten.

Die Ergebnisse der projektiven Übung offenbaren interessante Einblicke in die Wahrnehmung der Parteienlandschaft. Übergreifend zeigt sich, dass die AfD und das BSW zumeist ähnlich positioniert gesehen werden, jedoch das BSW traditionelle Einordnungsschemata herausfordert. Aus den Ergebnissen der Positionierungsübung lassen sich drei verschiedene Positionierungs- und Argumentationsmuster ableiten, die in allen Wählergruppen vertreten waren, jedoch von unterschiedlichen Erzählungen begleitet wurden.

Das erste Muster orientierte sich am klassischen Links-Rechts-Schema, wobei das BSW hier eine besondere Herausforderung darstellte und zumeist Uneinigkeit in den Subgruppen erzeugte. Verschiedene Stimmen äußerten Unsicherheit über den Platz des BSW im Parteiensystem – zum einen, da die Partei noch als zu neu und also als zu wenig bekannt gilt, zum anderen aber auch, weil sie in ihren eigenen Positionierungen noch nicht als gefestigt wahrgenommen wird.

Zudem bemerkten die Teilnehmenden, dass das BSW das bekannte Links-Rechts-Schema insofern aufzubrechen schien, als dass die Partei auf der einen Seite in der

Migrationspolitik AfD-nahe und als rechts konnotierte Positionen vertrete, während sie aufgrund ihrer Haltung in der Sozialpolitik und des politischen Ursprungs der Partei aus den Linken eher links zu verorten sei. Je nachdem, welche dieser Aspekte als stärker identitätsstiftend für das BSW wahrgenommen wurde, fiel die Platzierung eher am linken oder rechten Ende des Spektrums aus.

„CDU/CSU und AfD sind bei uns auf der rechten Seite des Tisches, was ja auch politisch so ein bisschen angelehnt ist. Also die sehen wir so quasi als eine Gruppierung. Auf der anderen, auf der linken Seite haben wir die SPD, die Linke und Bündnis Sahra Wagenknecht. Wobei wir uns da, glaube ich, uneinig waren bei Bündnis Sahra Wagenknecht, dass sie noch nicht so ganz fertig positioniert sind.“ (Rostock, BSW)

„Ist eigentlich paradox [...]. Wenn man weiß, woher sie kommt, aus dem Osten, SED und Linke und jetzt ist sie in ihrem eigenen Bündnis. Ich glaube, das liegt aber daran, dass sie zur Migrationsfrage sich so sehr, sehr klar positioniert und das sehr, sehr analog zu dem ist, was AfD zum Beispiel [vertritt].“ (Hannover, BSW)

Eine Gruppe löste dies, indem sie die Parteien in einem Kreis anordneten, wobei das BSW die Verbindung zwischen den Linken und der AfD herstellte (s. Abbildung 1).

Abbildung 1: Beispiel einer Positionierungsübung, Hannover, Wählerinnen und Wähler anderer Parteien



„Also, wir haben auf jeden Fall die Linke ganz links [...]. Und dann hatten wir kurzzeitig einen Kreis aufgrund von dem Bündnis Sahra Wagenknecht. Einfach, weil wir gesagt haben, dass sie teilweise sehr linke Aussagen haben, die dann aber teilweise doch wieder so links sind, dass sie auch rechts sind und man irgendwie nicht so eine gerade Linie da erkennen kann. Weswegen dann ganz kurz der Gedanke war, vielleicht Kreis, damit sie so in der Mitte von AfD und Links sind.“ (Hannover, Linke)



Tatsächlich fiel auch der „Hufeisen“-Begriff, um die Position des BSW in der Parteilandschaft zu beschreiben:

„Die passen für uns zusammen, weil die AfD der eine Pol ist von dem Hufeisen, den die BSW halt [auch] darstellt. [...] Und gemeinsam eint sie im Augenblick auch, [...] auch wenn der Begriff total verbrannt ist, das ist ein nationaler Sozialismus, den sie wollen. Das, was die Amerikaner haben, mit MAGA, da sagen die: ,Okay, warum nicht auch Deutschland in die Mitte?‘ [...] Na, also deutscher Sozialismus.“ (Rostock, AfD)

Das zweite Positionierungsmuster stellte den zugeschriebenen Politikstil der Parteien in den Vordergrund. Hier wurden AfD und BSW zusammen gruppiert und von den restlichen Parteien getrennt positioniert (s. Abbildung 2). In den Erzählungen zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den Perspektiven der AfD-/BSW-Wählerinnen und -Wähler und denen anderer Wählergruppen. AfD-/BSW-Wählerinnen und -Wähler sahen ihre präferierten Parteien als „neue Alternativen“ zu den „Altparteien“. Die Ähnlichkeiten der beiden Parteien im Politikstil wurden hier dechiffriert mit Eigenschaften wie Veränderungswillen, Bürgernähe, Mut zur Opposition und Standhaftigkeit.

Abbildung 2: Beispiel einer Positionierungsübung, Berlin, AfD-/BSW-Gruppe



„[...] ich habe einfach gesagt: „Das eine [Person deutet auf linke Seite der Anordnung, s. Abb. 2] ist so ein Mülleimer. Also das gucke ich mir nicht mal an, ehrlich gesagt. Und das andere kann man sich mal durchlesen.“ (Berlin, AfD)

Die Wählerschaft der anderen Parteien verwendeten hingegen den Begriff „Populismus“, um den Politikstil der AfD und des BSW gegenüber dem der anderen Bundestagsparteien abzugrenzen. Das, was von den eigenen Wählerschaften als Zuhören wertgeschätzt wird, wird aus dieser Perspektive als Stimmenfang gedeutet, als gezieltes Ansprechen von enttäuschten sowie unzufriedenen Wählerinnen und Wählern und Anbieten einfacher Lösungen für komplexe Probleme.

„Ich würde auch sagen, auch AfD und BSW gehören auch eher dem Populismus an. Also es ist jetzt gar nicht unbedingt eine ganz konkrete politische Identität in jeder Frage, sondern es geht um populistische Politik [...].“ (Dresden, CDU)

„[...] so populistische Parteien einfach. Also die haben große Reden, spalten die Gesellschaft, sorgen für Unruhe, ohne wirkliche Lösungen oder vielleicht ganz kurzfristige Lösungen.“ (Berlin, FDP)

Interessanterweise wird der Populismus-Vorwurf teilweise auch von BSW-Wählerinnen und -Wählern selbst aufgegriffen, um ihre Partei wiederum von der AfD abzugrenzen. Aber auch Anzeichen für eine Umdeutung des Begriffs lassen sich in den Aussagen von AfD- und BSW-Wählenden erkennen. Aus Sicht dieser Anhängerschaften wird der Begriff genutzt, um politische Gegner zu diskreditieren oder um sich positiv von ihnen abzugrenzen.

„[...] was die AfD betrifft, ich habe nichts dagegen, aber ich meine, das sind Populisten [...] und die Frau Wagenknecht, die ist normal.“ (Düsseldorf, BSW)

„Da werden mich jetzt alle für verrückt erklären, aber ich denke, die BSW [steht der AfD am nächsten]. [...] das hängt schon an der Person Sahra Wagenknecht [...]. Für mich ist das Populismus hoch drei, was die macht. Also, genau, letztendlich das, was man der AfD auch vorwirft in gewisser Weise, dass genau das ins Programm genommen wird [...], worauf die Leute anspringen, [...] was wehtut bei den Leuten im Kopf, das sprechen beide Parteien an [...].“ (Dresden, AfD)

„Na, ich denke, was sie [AfD und BSW] verbindet, ist, dass sie die Themen, die die Leute wirklich interessieren, ansprechen. Sei es jetzt auf populistische Art oder sei es [...], weil sie es wirklich interessiert.“ (Dresden, BSW)

Ein weiteres, drittes Muster in den Positionierungen der Bundestagsparteien orientierte sich an möglichen Koalitionspartnern und potenziellen Regierungskonstellationen (s. Abbildung 3). Hier wurden AfD und BSW als Parteien wahrgenommen, die von anderen ausgegrenzt oder ausgeschlossen werden.

„[...] AfD und Bündnis [Sahra Wagenknecht] sind so die Underdogs, habe ich so den Eindruck, neuerdings. [...] Das wird so mit spitzen Fingern angefasst.“ (Berlin, AfD)

„[...] die, mit denen keiner regieren möchte.“ (Düsseldorf, CDU)

Ähnliches galt teilweise auch für die Linke und die FDP, wenn auch eher aufgrund einer zugeschriebenen politischen Bedeutungslosigkeit angesichts aktueller Umfragewerte²⁰ denn aus politischer Stigmatisierung und dem Wahren der sogenannten Brandmauer.

Insbesondere von AfD-Wählerinnen und -Wählern wurden in diesem Argumentationsmuster den Parteien der Ampelregierung sowie der Union vorgeworfen, die Macht stets unter sich zu bewahren, sodass der Ausgang der nächsten Bundestagswahlen bereits gesetzt sei.



Abbildung 3: Beispiel einer Positionierungsübung, Düsseldorf, AfD-/BSW-Gruppe



„Wir haben, ja, so einen Block, nenne ich das mal, gemacht aus der Partei SPD, die Grünen, CDU/CSU und FDP. Und die sind recht nah beieinander. Ja, ehemalige Ampelpartei [...] Auch vor dem Hintergrund, dass, wer immer die Wahl gewinnt, [...] das wird ja unter denen ausgemacht, dann.“ (Düsseldorf, AfD)

5.2 Wahlgründe der AfD-Wählerschaft

Mit Blick auf die geäußerten Gründe für die Unterstützung der AfD lässt sich feststellen, dass die Wahl motive im Vergleich zum Vorjahr komplexer und vielschichtiger geworden zu sein scheinen. Sie basieren auf einer Mischung aus Überzeugung, wahrgenommener Kompetenz und dem Wunsch nach politischem Wandel, der über einfache Protest-motive hinausgeht.

Als kontinuierliches Wahlmotiv zieht sich der Wunsch nach Veränderung und einem „frischen Wind“ in der Politik²¹ auch durch die Aussagen in dieser Studie.

„[...] wir müssen einfach mal ordentlich rechts wählen. Nicht, weil ich die wählen will, sondern damit einfach mal erstens die alteingesessenen Parteien sich mal neu auf-räumen und organisieren, damit die wieder mit vernünftigen Vorschlägen kommen. Und einfach nur mal, dass das ein Weckruf ist. [...] wir [...] haben keinen Bock mehr auf euch. Reißt euch mal zusammen“. (Hannover, AfD)

Bemerkenswert ist jedoch, dass dieses Argument eben nicht nur auf Protest basiert. Das klassische Protestwählertum, das mit der Wahl der AfD einen „Weckruf“ an die etablierten Parteien beziehen möchte, ist zwar weiterhin präsent, scheint aber an Bedeutung zu verlieren. Zwar besteht weiterhin Enttäuschung über etablierte Parteien, diese äußert sich jedoch weniger in Verzweiflung als in Ärger und Frustration – und in einer Verfestigung der Wahlabsichten.

„Also ich würde die AfD wählen, weil ich eine Veränderung sehen will in dem Land, dass es nicht bergab geht.“ (Dresden, AfD)

Statt auf einer reinen Protesthaltung fußt der Wunsch nach Veränderung also auch – und vor allem – auf einer starken programmatischen Überzeugung und zugeschriebener Problemlösungskompetenz der AfD. Inhaltlich stehen restriktive Migrationspolitik, ein harter Kurs in Fragen der inneren Sicherheit (Law and Order) sowie vereinzelt auch Themen wie die Abschaffung der GEZ-Gebühren im Vordergrund. Zudem werden der Partei auch in wirtschaftlichen Fragen von ihrer Anhängerschaft Kompetenzen zugeschrieben. Insgesamt ist der Tenor, die AfD schaffe „klare Verhältnisse“ in allen diesen Politikfeldern.

„Also ich bin kein Protestwähler, sondern ich weiß, was ich mache. [...] Und dann bin ich der Meinung, dass sie also Asylpolitik, auch Migrationspolitik, dass sie auch eine klare Wirtschaft auch noch wollen. [...] Und dass [...], hört sich blöd an, Gesetz und Ordnung ist. [...] [Die AfD] schafft Ordnung. [...] Jeder muss wissen, das darf ich nicht.“ (Rostock, AfD)

„Ich möchte ein sicheres Deutschland, wo man nicht Unmengen an Steuern zahlt und Krankenkassenabgaben bezahlt. Rundfunkgebühr haben wir zum Beispiel noch gar nicht angesprochen. [...] Also ich nutze das zum Beispiel gar nicht. [...] Und das ist auch was, was die AfD halt eben durchsetzen möchte, diese zu kündigen.“ (Hannover, AfD)

Im Vergleich zu 2023 ist ein noch stärkerer Personenbezug in den Wahlmotiven zu beobachten. Bereits in der Vorgängerstudie wurde AfD-Politikerinnen und -Politikern eine besondere Kompetenz und Bildung zugesprochen, die mit der anderer Parteienpolitikerinnen und -politiker, allen voran den Grünen, kontrastiert wurde.²² Dieser Trend setzt sich hier verstärkt fort. Dabei fällt nicht nur eine teils massive sexistische Abwertung, vor allem von Grünen-Politikerinnen, auf, sondern auch die sexistisch geprägte Aufwertung der AfD-Führungsspitze.

„Naja, ich sehe ja schon lieber eine gebildete, hübsche, blonde Dame, die auch mir Argumente mit an die Hand gibt, derer ich folgen kann [...]. Alice Weidel. [...] ich finde das, was sie sagt, sehr fundiert und sehr recherchiert. Und auch sehr klar und einfach ausgedrückt. Als meine ebenbürtige dicke Freundin da, von der ich eben schon gesprochen habe, ohne Schulabschluss. Die lieber in irgendeinem Sumpf Frösche zählt und noch nicht mal einen Frosch von einer Eiche unterscheiden kann.“ (Berlin, AfD)

Das frühere Machtnarrativ, das auf eine unvermeidliche Regierungsbeteiligung der AfD in ostdeutschen Bundesländern nach den Landtagswahlen 2024 setzte, hat hingegen deutlich an Kraft verloren. Die Überzeugung, dass die AfD zwangsläufig an Regierungen



beteiligt sein wird, ist nicht mehr so präsent wie noch 2023.²³ Bemerkenswert ist jedoch, dass dies der Überzeugung der AfD-Anhängerinnen und -Anhänger keinen Abbruch tut: Im Gegenteil scheinen die Wahlabsichten sogar noch gefestigter zu sein.

„Und, ja, wo ich den Kanal von voll hab, ist halt immer von den Etablierten oder Altparteien, das Stichwort Demokratievereidigung oder so ein Schwachsinn, weil da halte ich persönlich gar nichts von. Wenn man die zweitgrößte Partei oder zweitstärkste Partei komplett außen vor lässt, ist das für mich kein Demokratieverständnis. Und ja, also deswegen wähle ich auch als Nächstes wieder die AfD.“ (Düsseldorf, AfD)

Trotz der gefestigten Wahlabsichten wird die mangelnde Regierungserfahrung der AfD von einigen Anhängerinnen und Anhängern als Grund genannt, keine absolute Mehrheit anzustreben. Stattdessen wird eine Regierungsbeteiligung unter CDU-Führung als wünschenswert erachtet.

„[...] wenn die [AfD] als Juniorpartner, mit welcher Partei auch immer, würde wahrscheinlich wenn, dann nur die CDU sein, dass die dann einfach lernen kann, was tatsächlich möglich ist. Die [...] werden natürlich sich die Hörner dann etwas abstoßen, aber es kommt einfach frischer Wind rein [...].“ (Düsseldorf, AfD)

Gleichzeitig zeigt sich eine bemerkenswerte Resilienz gegenüber Kritik an der Partei, insbesondere in Bezug auf rechtsextreme und ausländerfeindliche Positionen. Bedenken hinsichtlich der Positionierung in der Migrationspolitik oder bezüglich gesichert rechts-extremer Landesverbände scheinen kaum (noch) zu existieren. Vielmehr lassen sich Strategien der Relativierung und Umdeutung entsprechender Vorwürfe beobachten.

Argumentiert wird etwa mit der (vermeintlichen) Distanzierung der Parteiführung von einzelnen Personen wie z. B. Maximilian Krah oder ihrer Jugendorganisation sowie der Voreingenommenheit des Verfassungsschutzes und medialer Stimmungsmache. Auch auf Wahlabsichten von Personen mit Migrationshintergrund wird verwiesen, um Kritik zu delegitimieren. Vereinzelt werden auch die Aussagen kontroverser Parteipolitiker wie Björn Höcke verharmlost oder auf ehemalige NSDAP-Mitglieder in anderen Parteien verwiesen.

„Die haben ja sogar die AfD-Jugend rausgeschmissen jetzt [...] Die dürfen nicht mehr da rumfuchteln, wie sie wollen. Weil da gab es immer solche vielleicht extremistische. Und damit wollen sie nichts zu tun haben.“ (Mannheim, AfD)

„Und außerdem stimmt das nicht. AfD ist keine Nazipartei. Die FDP ist aus Alt-Nazis gegründet worden. Und die entspricht eher dem Naturell einer Nazipartei.“ (Berlin, AfD)

Diese Entwicklung deutet auf eine weitere Verfestigung der Wählerbasis hin, die sich zunehmend immun gegen externe Kritik zeigt und ihre Unterstützung der AfD als „fundierte politische Wahl“ versteht.

5.3 Wahlgründe der BSW-Wählerschaft

BSW-Wählerinnen und -Wähler ähneln in vielerlei Hinsicht der AfD-Anhängerschaft, in verschiedenen praktischen wie auch ideologischen Positionierungen unterscheiden sie sich aber auch eindeutig.

Beide Wählerschaften eint die allgemeine Unzufriedenheit ebenso wie der Wunsch nach politischer Veränderung. In der sprachlichen Ausdrucksweise liegen die beiden Gruppen daher sehr nah beieinander: Wie auch für die AfD-Wählerschaft herrscht unter BSW-Wählerinnen und -Wählern der Wunsch nach einem „frischen Wind“ in der Politik vor. Das BSW wird auch deshalb als jung, dynamisch und unverbraucht bezeichnet. Es vermittelt seiner Wählerschaft somit eine ähnliche Emotionalität – Hoffnung und eine gewisse Aufbruchsmentalität – wie die AfD. Dieses Image einer unverbrauchten politischen Kraft scheint insbesondere eine attraktive Alternative für diejenigen Wählerinnen und Wähler zu sein, die sich von den etablierten Parteien enttäuscht zeigen, aber die AfD aufgrund ihrer teilweise rechtsextremen Positionen ablehnen.

„Ja, als Gegenpart zur AfD sozusagen. Weil sie halt auch bisschen näher an den Problemen der Leute dran ist [...]. Den Mensch mehr im Mittelpunkt hat auch, sage ich mal, vom sozialen Selbstverständnis. Und halt, ja, neuen Wind reinbringt sozusagen.“ (Dresden, BSW)

Darüber hinaus ist auch unter BSW-Wählerinnen und -Wählern ein starker Personenbezug evident. Wenig überraschend gilt Sahra Wagenknecht als politische Gallionsfigur der Partei. Ihr werden Attribute wie Intelligenz, Bildung und rhetorische Stärke zugeschrieben – auch hier zeigen sich große Ähnlichkeiten zu den Zuschreibungen der AfD-Führungsspitze. Zudem wird sie als harte Verhandlungspartnerin gesehen, die für ihre Positionen einsteht und Führungsstärke vermittelt.

„Ich halte sie [Sahra Wagenknecht] für eine Wahnsinnsrhetorikerin. [...] Ich bin überzeugt davon, dass sie eher eine harte Verhandlungspartnerin ist. Ich glaube, man kriegt sie nicht so schnell klein.“ (Hannover, BSW)

Programmatisch und inhaltlich stehen für BSW-Wählerinnen und -Wähler vor allem die politischen Positionen zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und eine restriktive Migrationspolitik im Vordergrund – auch hier klare Überschneidungen zu AfD-Anhängerinnen und -Anhängern. Andererseits betonen so manche BSW-Wählende klassisch linke Positionen wie staatliche Umverteilung und eine restriktive Steuerpolitik, die sie von der AfD abgrenzen lassen.

„[Als Wahlgrund...] Bei mir also hauptsächlich innere Sicherheit. Dafür steht sie für mich. Also halt die Begrenzung der Migration und Kontrolle der Außengrenzen. Und halt auch, dass der Krieg in der Ukraine nicht vorangefangen wird. Dass die Waffenlieferungen eingestellt oder begrenzt werden.“ (Berlin, BSW)

„Dann gefallen mir auf jeden Fall die Ideen, [...] was den Umbau des Steuersystems anbelangt. Also entweder Vermögenssteuer und dann den Spaltensteuersatz wieder raufsetzen. Wir kommen von irgendwie 56 Prozent. Und wurde seit Anfang der 80er



abgeschmolzen. [...] Und von der Rentenhöhe von 74 Prozent sind wir jetzt auf 42 abgeschmolzen. Ich meine, das ging alles parallel. So, das triggert mich. Umbau der Sozialsysteme und des Steuersystems.“ (Rostock, BSW)

Nur sehr vereinzelt wird eine als zu russlandfreundlich empfundene Haltung kritisiert, zudem ein wahrgenommener „Personenkult“ um Sahra Wagenknecht bemängelt und Zweifel an der wirtschaftlichen Kompetenz der Partei geäußert. Die hauptsächlichen Bedenken, die mit der Wahl des BSW verknüpft sind, beziehen sich dagegen auf fehlende Erfahrung und das junge Alter der Partei, sodass zuweilen gar eine weitere Legislaturperiode Oppositionsarbeit der Regierungsbeteiligung vorgezogen wird.

„Da fehlt noch die Erfahrung, [...] um Regierungsverantwortung zu übernehmen. [...] da sind sie vielleicht noch nicht so weit.“ (Mannheim, BSW)

Während bei der Anhängerschaft der AfD die Wahlpräferenz stark gefestigt scheint und sich keine Wechselbereitschaft zum BSW zeigt, lässt sich bei einem Teil der BSW-Wählerinnen und -Wähler eine größere Wechselbereitschaft zu anderen Parteien, auch zur AfD, beobachten. Allerdings wird diese (noch) durch die Ablehnung zahlreicher rechtsextremer Positionen innerhalb der AfD gehemmt. Teilnehmende mit Migrationshintergrund äußern, dass sie sich in der rhetorischen und inhaltlichen Schärfe in der migrationspolitischen Position der AfD nicht wiederfinden, obwohl sie durchaus auch eine restriktive Migrationspolitik befürworten.

„[...] bei der BSW fühle ich mich so von der Ausrichtung auch gut, wegen der Migrationspolitik, weil [...] eingeschränkt werden soll, wer ins Land kommt. [...] das Einzige, was mich davon abhält, [...] die AfD zu wählen, ist halt die Tatsache, dass ich selbst Migrationshintergrund habe. Und [...] da fehlt mir so ein bisschen die Abgrenzung [...] zu diesem rechten Flügel. Also da gibt es halt so einen wie den Bernd Höcke [gemeint ist Björn Höcke, Redaktion] [...]. Und das, was er von sich gibt, das geht nicht. [...] Also das ist halt zu radikal.“ (Mannheim, BSW)

„[...] ich verstehe viele Punkte der AfD, fühle mich aber jetzt mit Migrationshintergrund überhaupt nicht von dieser Partei abgeholt [...] Und hier sehe ich eine gute Lösung, dass sich was ändern könnte, im Vergleich zu den Altparteien, [...] ohne [...] irgendwelche Befürchtungen, [...] weil die [...] sagen ja auch, wir sind absolut für kontrollierte Grenzen und, und, und. Die sind ja nicht so, dass sie sagen: „Hurra, kommt weiter rein“ oder so, aber ich sehe halt nicht den rechten Flügel, so wie ich ihn bei der AfD sehe.“ (Düsseldorf, BSW)

5.4 Wahlgründe der Wählerschaft von Union, SPD und Grünen

Während das Vertrauen in die etablierten Parteien auch unter Nicht-AfD- bzw. Nicht-BSW-Wählenden nach wie vor erschüttert ist, zeichnen sich im Vergleich zur Vorgängerstudie aus dem Jahr 2023 leichte Veränderungen in den Wahlmotiven ab: Die Zweiflung und Perspektivlosigkeit ist einer differenzierteren Betrachtung gewichen, die neben Kritik auch vereinzelt konkrete Kompetenzzuschreibungen und positive Erwartungen erkennen lässt.

Die Wahlgründe für die CDU heben sich durch mehrere Aspekte hervor. Ein ausgeprägtes Phänomen scheint ein vermehrtes taktisches Wählen zu werden: Die CDU wird z. B. als Partei mit einer klaren Machtperspektive wahrgenommen. Daraus folgt zum einen, dass der CDU die Möglichkeit zugeschrieben wird, eine stabile Zweierkoalition in der zukünftigen Regierung zu bilden. Durch den Bruch der Ampelkoalition gilt eine Dreierkoalition als fragil und konfliktbelastet. Der Wunsch nach Stabilität, Kontinuität und Verlässlichkeit spielt daher auch bei zahlreichen Wählerinnen und Wählern eine große Rolle, obwohl sie sich inhaltlich nicht vollständig in der Partei wiederfinden. Vielmehr wird die CDU als ein Garant für eine Rückkehr zu altbewährten Konzepten und einer stabilen politischen Landschaft gesehen.

„Ich würde mir wünschen, dass [...] die nächste Regierung wirklich eine stabile ist und dass es eine Zwei-Parteien-Regierung ist. Also eigentlich ist mir relativ egal, ob CDU und Grüne oder CDU und SPD. Hauptsache, es wird nicht so viel gestritten und ist nicht so gelähmt. Weil drei oder noch mehr, die werden sich einfach nicht einig oder es sind faule Kompromisse und dadurch geht gar nichts voran.“ (Hannover, CDU)

Zum anderen wird die CDU aufgrund ihrer aktuellen Stärke als strategisches Mittel betrachtet, um die AfD zu verhindern. Jedoch bleiben in diesen taktischen Überlegungen durchaus innere Widerstände, die es vor einer Wahl zu überwinden gilt. Die Wahl der CDU bleibt für einige das „kleinere Übel“, ein Wahlgrund, der bereits in der Vorgängerstudie häufig artikuliert wurde.²⁴

„Und damit wenigstens nicht die rechten Parteien Zugewinne kriegen, würde ich die CDU [wählen].“ (Hannover, CDU)

„[...] es ist nicht so, dass ich da hundert Prozent dahinterstehe. Es ist einfach [...] der Mangel da, [...] wo ich einfach keine großartigen Alternativen sehe. Und dann ist es einfach [...] das kleinere Übel, sozusagen, für mich.“ (Berlin, CDU)

Neben den eher taktischen Erwägungen spielen zweifellos auch inhaltliche Motive und Gewohnheiten eine Rolle, wenn es um Wahl motive von CDU-Wählerinnen und -Wählern geht. In Bezug auf ihre Kompetenzen wird der CDU z. B. nach wie vor in den Bereichen Wirtschaft und innere Sicherheit ein hohes Maß an Sachverstand zugeschrieben. Deutlich stärker als noch im Jahr 2023 scheint die CDU hier aber von der aktuellen politischen Themenlage zu profitieren. Darüber hinaus werden der CDU ein starkes, klares Auftreten, Durchsetzungskraft und Führungsstärke zugeschrieben.

„Ganz klar ist für mich da die Wirtschaftskompetenz als Faktor, weil ich glaube, dass wir in dem zunehmend weltpolitischen Spannungsbild da auch eine klare Wirtschaftskompetenz haben und ein klares Auftreten.“ (Mannheim, CDU)

„Ein ganz entscheidender Faktor ist die Hoffnung in die Wirtschaft und einfach diese Vertrautheit und Tradition.“ (Rostock, CDU)



Ähnlich wie die CDU wird auch die SPD als vertraute Kraft wahrgenommen, die ein Gefühl der Sicherheit vermittelt. Die SPD wird als eine Option gesehen, die sowohl Stabilität als auch soziale Gerechtigkeit verkörpert und damit ein Angebot für jene darstellt, die in der aktuellen politischen Landschaft auf Kontinuität und soziale Absicherung setzen.

„[...] das ist so ein bisschen wie die Nivea-Creme, auf die man vertraut, weil die schon immer da war, gefühlt. Mit der SPD ist das so, man hätte halt diese soziale Abdeckung und ich finde das ultrawichtig. [...] Und so eine, ja, sozialdemokratische Partei [...] gibt einem schon ein Sicherheitsgefühl, wofür eigentlich auch Deutschland steht.“ (Düsseldorf, SPD)

Auch stellt die SPD eine Alternative für diejenigen dar, die Vorbehalte gegenüber der CDU äußern.

„Also ich finde, bevor ich CDU/CSU w[ähle], die ja doch eher kapitalistisch unterwegs ist und dann dieser Unterschied ist dann wirklich sehr groß, ist für mich SPD eher sozial, eher bürgerlich, eher näher am Volk. Und da sehe ich mich dann auch mit mir und meinem Umfeld, deswegen Stimme für die SPD.“ (Berlin, SPD)

Ein weiterer bedeutender Faktor ist die Außenpolitik, insbesondere die Ukraine-Politik. Die zurückhaltende und vorsichtige Herangehensweise wird von denjenigen geschätzt, die in der gegenwärtigen geopolitischen Lage auf eine besonnene und abwägende Politik Wert legen.

„Na, im Moment stehen sie für mich doch noch irgendwie für die solideste Friedenspolitik, was Ukraine betrifft. [...] ich finde eigentlich, diese Thematik Frieden steht über allem. Was nützt uns eine tolle Klimapolitik, wenn wir hier mit irgendwelchen Langstreckenraketen angegriffen werden?“ (Dresden, SPD)

Die Wahlgründe für die Grünen heben sich durch ihre thematische Fokussierung und das Vertrauen in ihre programmatiche Kompetenz hervor. Klimapolitik wird nach wie vor als Kernkompetenz der Partei wahrgenommen und gilt als ein wesentlicher Faktor für die Unterstützung der Grünen.

„Weil ich der Partei wirklich zutraue, dass sie die [Klimakrise] abwenden möchte. [...] Die Leute, die den Klimawandel schon zu spüren kriegen, die haben nicht mal mehr ein Dach über dem Kopf. Also das sollte uns alle interessieren, egal ob wir arm oder reich sind oder eine bezahlbare Wohnung haben oder nicht, es geht ja [...] um unsere Existenz also.“ (Dresden, Grüne)

Auf Wahlgründe für die FDP und die Linken wird an dieser Stelle nicht eingegangen, da unser Sample zu wenige Teilnehmende aus diesen Wählergruppen umfasste, um fundierte Erkenntnisse zu ziehen.

-
- 18 Vgl. z. B. Neu, Viola, 2021: Des Wählers Herz. Emotionale Parteienbewertung aus repräsentativen und qualitativen Umfragen. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/11055681/Des+W%C3%A4hlers+Herz+-+Emotionale+Parteienbewertung+aus+repr%C3%A4sentativen+und+qualitativen+Umfragen.pdf/9700741a-1f19-ce56-8405-63e28bd500d0?version=1.1&t=1612196624532> (letzter Zugriff: 30.01.2025); Pokorny, Sabine, 2024: Gute Gefühle, schlechte Gefühle. Repräsentative Umfrage zu Parteiimages und von Parteien ausgelösten Gefühlen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hrsg.). Online unter: https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Finaler+Text+24-07-30+Gute+Gef%C3%BChle+schlechte+Gef%C3%BChle++Sabine+Pokorny+%28240478181%29_Oktober.pdf/698b5915-6568-41be-4ef8-28d170f09704?version=2.0&t=1732784542374 (letzter Zugriff: 30.01.2025).
- 19 Die Einteilung der Untergruppen erfolgte nach Sitzordnung der Teilnehmenden. In den Gruppen herrschte freie Platzwahl, sodass die Zusammensetzung der Untergruppen nicht durch die Moderation vorgegeben wurde.
- 20 Zum Zeitpunkt der Feldarbeit lagen FDP und Linke in den Umfragewerten unter 5 Prozent und würden somit den Einzug in den Bundestag verpassen, vgl. Infratest dimap, 2024: ARD-DeutschlandTREND Dezember 2024. Repräsentative Studie im Auftrag der ARD. Online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3450.html> (letzter Zugriff: 28.03.2025).
- 21 Vgl. Werkmann, Caroline/Frieß, Hans-Jürgen, 2024: Enttäuschung, Frust und Resignation. Eine qualitative Analyse der politischen Stimmungslage in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Entt%C3%A4uschung+Frust+und+Resignation.pdf/3730c3a3-7917-c9a0-b718-82dd17a8f837?version=1.0&t=1718971544714> (letzter Zugriff: 28.03.2025); Frieß, Hans-Jürgen/Neu, Viola, 2016: Die Heterogenität des Protests. Eine Untersuchung von Einstellungen potenzieller Protestwähler und politischem Protest im Internet. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hrsg.). Online unter: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_doku-ment_dok-pdf_53242_1.pdf/a75505bc-46d4-ce63-e141-2f1d01ec788b?version=1.0&t=1539654313548 (letzter Zugriff: 28.03.2025).
- 22 Vgl. Werkmann, Caroline/Frieß, Hans-Jürgen, 2024: Enttäuschung, Frust und Resignation. Eine qualitative Analyse der politischen Stimmungslage in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Entt%C3%A4uschung+Frust+und+Resignation.pdf/3730c3a3-7917-c9a0-b718-82dd17a8f837?version=1.0&t=1718971544714> (letzter Zugriff: 28.03.2025).
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.



Fazit

Der im Vergleich zur Vorgängerstudie leichte Stimmungswandel, vor allem in den Diskussionen der gemischten Wählergruppen, äußerte sich in einer differenzierteren Betrachtung der politischen Lage und einer etwas stärkeren Fokussierung auf positive Entwicklungen und Potenziale. In den Gruppen mit AfD- und BSW-Wählerinnen und -Wählern war die Grundstimmung gegenüber positiven Eigenschaften Deutschlands zwar nach wie vor eher von Ironie und Sarkasmus geprägt, (vermutlich) durch die Beteiligung der BSW-Anhängerinnen und -Anhänger an der Diskussion lässt sich aber ein mäßigender Einfluss auf radikale Positionen und verschwörungstheoretische Argumentationsmuster beobachten. Beide Beobachtungen lassen Rückschlüsse auf die Nützlichkeit von offenen Debatten zu. Sie unterstreichen gleichsam die Möglichkeit und auch die Bedeutung eines konstanten und niederschwelligen Austausches zwischen den verschiedenen Wählergruppen, um der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken.

Tatsächlich zog sich ein großes Interesse der Teilnehmenden der Studie am gegenseitigen Austausch und an der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen politischen Perspektiven und Einstellungen durch alle Fokusgruppen. Überall zeigten sich die Diskussionsteilnehmer und -teilnehmerinnen selbst überrascht von der Sachlichkeit und dem von gegenseitigem Respekt geprägten Gesprächsklima, das als Kontrast zur Tonalität anderer gesellschaftlicher Debatten wahrgenommen wurde.

Auch wenn es Unterschiede in der Betrachtung der Debatte gab, in den gemischten Fokusgruppen stand die Freude über den Austausch unterschiedlicher Meinungen und Einstellungen im Vordergrund, während in den AfD-/BSW-Gruppen die Freude über die geteilte Weltsicht über Parteigrenzen überwog. Unabhängig von diesen Nuancen verdeutlichen die Fokusgruppen, dass politische Debatten in der Bevölkerung auch außerhalb formaler politischer Foren nach wie vor gelingen können, trotz aller beobachteten Probleme der Debattenkultur in Deutschland²⁵ und zumindest dann, wenn es in Debatten grundsätzliches gegenseitiges Wohlwollen in alle Richtungen, einen Rahmen mit klaren Regeln und eine neutrale Moderation gibt.

Trotz der zunehmenden Polarisierung und der Herausbildung von Echokammern in den sozialen Medien offenbaren die Fokusgruppen damit einen gesunden Kern der deutschen Debattenkultur. Die Bereitschaft zum Austausch und das Interesse an anderen Meinungen sind vorhanden, auch wenn sie im öffentlichen Diskurs oft von den lautesten Stimmen übertönt werden. Es liegt an den politischen Akteuren, die positive Grundierung aufzugreifen und zu fördern, gewissermaßen aus dem guten Debattenkern gesunde, pluralistische und ergebnisoffene Debattenableger in verschiedenen Räumen und Formaten zu entwickeln. Es gibt ein starkes Bedürfnis nach einem überparteilichen Dialog.

Gelingt es nicht, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu adressieren, ist mit einer weiteren Stärkung der politischen Ränder zu rechnen, die diese Unzufriedenheit für ihre Zwecke instrumentalisieren können – und auch die Debatten weiter vergiften.

25 Siehe hierzu insbesondere Reuschenbach, Julia/Frenzel, Korbinian, 2024: *Defekte Debatten. Warum wir als Gesellschaft besser streiten müssen*. Berlin: Suhrkamp.

Die Autorin und der Autor

Caroline Werkmann, Associate Insight Manager, Ipsos GmbH, Frankfurt a. M.

Dr. Hans-Jürgen Frieß, Director Qualitative, Ipsos GmbH, Berlin

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Viola Neu
Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung
Wahl- und Sozialforschung
Analyse und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3506
viola.neu@kas.de

Postanschrift:
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
10907 Berlin



Die vorherrschende politische Grundstimmung in der Bevölkerung ist von einer differenzierteren Wahrnehmung der Herausforderungen geprägt und weicht teilweise vom pessimistischen Tenor im Vergleich zum Herbst 2023 ab. Trotz zahlreicher Kritikpunkte und Sorgen rücken positive Aspekte und Entwicklungen stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Dennoch offenbart sich über alle Wählergruppen hinweg ein gewachsenes Problembewusstsein, das sich insbesondere auf die zentralen Themenfelder Migration und Wirtschaft bezieht. Die für diese Studie durchgeführten Fokusgruppen offenbaren trotz der zunehmenden Polarisierung und der Herausbildung von Echokammern in den sozialen Medien einen gesunden Kern der deutschen Debattenkultur. Es gibt ein starkes Bedürfnis nach einem überparteilichen Dialog. Die Bereitschaft zum Austausch und das Interesse an anderen Meinungen sind grundsätzlich vorhanden.